

ARBEITSHEFTE AUS DEM OTTO-STAMMER-ZENTRUM
NR. 2

Die SPD und die Bundestagswahl 1998

Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs
unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland

von

Richard Stöss
Gero Neugebauer

Berlin, Oktober 1998

ISBN-3-929532-14-X

(Korrektur Seitenumbruch März 2015)

Inhalt:

Vorbemerkung.....	3
1) Die Ausgangslage	5
Ungleiche Verteilung der Machtchancen	5
Sozialer Wandel	8
Staatliche Vereinigung Deutschlands	11
2) Der Wahlkampf.....	15
3) Das Wahlergebnis im Überblick.....	17
4) Trends 1990-1998.....	18
5) Gewinne und Verluste 1994-1998.....	21
6) Wählerwanderungen.....	24
7) Das Ergebnis der SPD.....	25
Anhängermobilisierung	25
Herkunft der Parteiwechsler.....	27
Sozialstruktur	29
Spitzenkandidaten	33
8) Das Ergebnis der PDS.....	37
"Die "Milieu-These"	37
Wahlkampfstrategie	39
Ausdehnung der Wählerschaft	46
Sozialstruktur	48
"Milieu-These" oder "Vakuum-These"?	50
9) Das Ergebnis der rechtsextremen Parteien	58
Bundestagswahl	58
Mecklenburg-Vorpommern.....	61
Perspektiven des Rechtsextremismus.....	64
10) Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Schlußfolgerungen	66

Anschrift der Verfasser:

PD Dr. Richard Stöss, Dr. Gero Neugebauer
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Inhnestr. 26, 14195 Berlin
Tel. Sekretariat: (030) 838-5037; Fax (030) 838-4960
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/OSI/>
Tel. Stöss (030) 838-2023, E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de
Tel. Neugebauer (030) 838-2024, E-Mail: gerosofo@zedat.fu-berlin.de

Vorbemerkung

Die SPD hat bei der Bundestagswahl 1998 einen in der fünfzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik **historischen Wahlsieg** errungen. Mit einem Zugewinn von rund drei Millionen Wählern gegenüber 1994 konnte sie die Unionsparteien mit einem Vorsprung von 5,7 Prozentpunkten überholen - ein bislang einmaliger Abstand! Selbst bei dem großen Wahlerfolg von Willy Brandt 1972 betrug der Unterschied zur CDU/CSU nur 0,9 Prozentpunkte.

Gerade mit Blick auf diese Wahl mag eingewandt werden, daß das Attribut "historisch" eine grobe Übertreibung darstellt. Hatte es die SPD damals doch auf 45,8 Prozent der Zweitstimmen gebracht, während 1998 gerade einmal 40,9 Prozent realisiert werden konnten. Dieser Einwand trägt schon deshalb nicht, weil 1972 nur drei relevante Parteien um die Wählergunst konkurrierten, während 1998 fünf Asse im Spiel waren. Das Parteiensystem der Bundesrepublik ist seither nämlich pluralistischer, der Wettbewerb härter geworden. Die Bündnisgrünen mobilisieren immerhin rund sieben Prozent der Wähler, die PDS weitere fünf Prozent. Die Situation von 1998 ist also nicht mit der von 1972 vergleichbar.

Wenn wir von einem historischen Wahlsieg sprechen, dann denken wir auch gar nicht an einen abstrakten Vergleich von wahlstatistischen Befunden, sondern an gesellschaftlich-politische Entwicklungen.

Seit 1949 ist die SPD gegenüber dem Lager der "bürgerlichen" Parteien in einer Minderheitenposition. Im Durchschnitt aller Bundestagswahlen von 1949 bis 1994 lag die Union sieben Prozentpunkte vor der SPD. Die Sozialstruktur der Bundesrepublik begünstigt nun einmal - in nationaler Perspektive - die CDU/CSU. Daran hat sich auch nichts durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten geändert - jedenfalls nicht bis zur diesjährigen Bundestagswahl.

Diese Ungleichzeitigkeit der Machtchancen von CDU/CSU und SPD äußerte sich auch darin, daß die Sozialdemokratie bei 13 Bundestagswahlen zwischen 1949 und 1994 nur ein einziges Mal, eben 1972, die Unionsparteien überflügeln konnte, und das auch nur mit einem hauchdünnen Vorsprung. 1980 und 1990 erwachsen der SPD auch noch zwei Rivalen im linken Spektrum des Parteiensystems, die Grünen und die PDS, womit sich ihre Wettbewerbschancen weiter verschlechterten. Denn alle drei Parteien konkurrieren wenigstens partiell um dasselbe Wählerpotential.

Der vielzitierte Satz von Herbert Wehner nach dem Ende der sozialliberalen Koalition 1982, die SPD werde 15 Jahre benötigen, um wieder an die Macht zu gelangen, erweckte den Eindruck, als seien Machtwechsel¹ hierzulande, wenn auch über längere Zeiträume hinweg, selbstverständlich. Weit gefehlt. Machtwechsel sind in der Bundesrepublik auf nationaler Ebene überhaupt nicht selbstverständlich, sondern eine absolute Ausnahme. Der erste Machtwechsel fand 1969 statt, 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik. Und in den 50 Jahren seit Bestehen der Republik stellte die SPD gerade einmal 13 Jahre den Bundeskanzler, die CDU 37 Jahre.

Wenn es der SPD nun trotz der Chancenungleichheit und trotz der verschärften Konkurrenzbedingungen gelungen ist, die große Volkspartei CDU/CSU mit einem bislang einmaligen Abstand zu überrunden, dann neigt der Politikwissenschaftler dazu, von einer Ausnahmesituation, von einem historisch einmaligen Ereignis zu sprechen.

Mit diesem Papier legen wir keine klassische Wahlanalyse vor. Das besorgen die Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim und Infratest dimap. Wir werden vielmehr die Ursachen für den Wahlsieg der SPD und seine Besonderheiten herausarbeiten und auf einige Konsequenzen aufmerksam machen, die sich daraus für das Regierungshandeln und für künftige Wahlkämpfe ergeben könnten.

¹ Wir sprechen dann von einem Machtwechsel, wenn bei einem Regierungswechsel das Amt des Regierungschefs an eine andere Partei übergeht. Regierungswechsel stellen Veränderungen in der Zusammensetzung von Regierungskoalitionen dar.

1) Die Ausgangslage

Der Wahlsieg der SPD ist aus politikwissenschaftlicher Sicht vor allem deshalb beachtlich, weil die SPD im Parteienwettbewerb der Bundesrepublik gegenüber der CDU/CSU stark benachteiligt ist. Überdies muß sie wesentlich mehr Integrations- und Kommunikationsleistungen erbringen, um stärkste Partei zu werden, als ihre Konkurrentin.

Ungleiche Verteilung der Machtchancen

Im Durchschnitt der 13 Bundestagswahlen von 1949 bis 1994 erzielte die SPD 37 Prozent der Zweitstimmen, während es die CDU/CSU auf 45 Prozent brachte (Tab. 1).

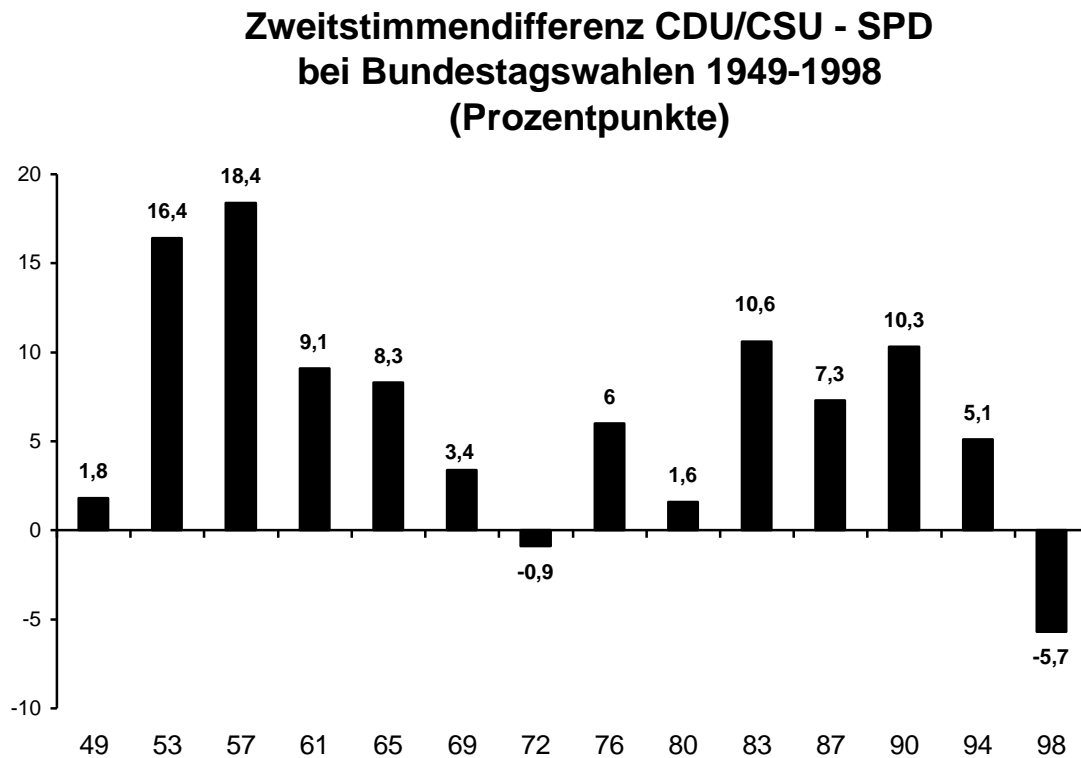
Der durchschnittliche Vorsprung der Union beträgt mithin 8 Prozentpunkte.

	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/G	PDS
1949	31,0	29,2	11,9		
1953	45,2	28,8	9,5		
1957	50,2	31,8	7,7		
1961	45,3	36,2	12,8		
1965	47,6	39,3	9,5		
1969	46,1	42,7	5,8		
1972	44,9	45,8	8,4		
1976	48,6	42,6	7,9		
1980	44,5	42,9	10,6	1,5	
1983	48,8	38,2	7,0	5,6	
1987	44,3	37,0	9,1	8,3	
1990	43,8	33,5	11,0	5,0	2,4
1994	41,5	36,4	6,9	7,3	4,4
Mittelwert	44,8	37,3	9,1	5,5	3,4

Vor 1998 ist es der SPD nur einmal gelungen, die CDU/CSU zu überrunden, nämlich 1972 mit knappen 0,9 Prozentpunkten Vorsprung. Seit Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 herrschte in der Bundesrepublik ein Dauerkrieg um die Ostpolitik und

um die innenpolitischen Reformvorhaben der von Willy Brandt geführten Bundesregierung. Die Totalopposition der Union unter Rainer Barzel mündete in einen hoch polarisierten Wahlkampf. Sage und schreibe 91,1 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an diesem Plebiszit über die Kanzlerschaft Brandts und die Fortführung der Reformkoalition. Die SPD erzielte ein Traumergebnis von 45,8 Prozent der Zweitstimmen².

Grafik 1:



Aus Grafik 1 wird deutlich, daß das **Wahlergebnis von 1972 eine Ausnahme darstellte**. Bei allen übrigen 12 Bundestagswahlen vor 1998 hatte die CDU/CSU die Nase vorn, teilweise sogar mit enormem Abstand.

² Verantwortlich für den Wahlkampf war Albrecht Müller, der darüber einen mit vielen Dokumenten und Abbildungen versehenen Bericht vorgelegt hat, der auch heute noch außerordentlich lesenswert ist: Albrecht Müller, Willy wählen '72. Siege kann man machen, Annweiler: Plöger Verlag 1977.

Daß die Machtchancen im Parteienwettbewerb der Bundesrepublik zu Ungunsten der SPD verteilt sind, hat sozialstrukturelle Ursachen. Trotz der durchaus bestehenden Flexibilität der Wählerschaft ist das Wahlverhalten nach wie vor sehr stabil. Heute entscheiden sich immer noch knapp 60 Prozent der Wähler für die Partei, der sie auch schon bei der entsprechenden Wahl davor ihre Stimme gegeben haben. (Der Anteil dieser Wiederwähler war früher allerdings noch etwas größer.) Die Wahlentscheidung einer Person hängt nämlich weithin von ihrer Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen ab. Die SPD wird vor allem von Arbeitern und gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern gewählt. Die Union gedeiht vor allem im katholischen Milieu, insbesondere bei regelmäßigen Kirchgängern, egal ob es sich dabei um Arbeiter, Angestellte, Beamte oder Selbständige handelt. Darüber hinaus findet sie beim Mittelstand, insbesondere in der Landwirtschaft, großen Anklang. So hat jede Partei eine charakteristische soziale Basis, auf die sie sich bezieht und auf deren Stimmen sie in der Regel hoffen kann, wenn sie deren Belange zufriedenstellend vertritt. **Da die soziale Basis der Unionsparteien größer als die der SPD ist und da die für die SPD bedeutsame Arbeiterschaft im Zuge des sozialen und technologischen Wandels auch noch abschmilzt, vermag sie die CDU/CSU nur zu überflügeln, wenn sie über ihre Stammklientel hinaus in erheblichem Umfang zusätzliche Wähler gewinnt.** Während die Union gewissermaßen von Natur aus die stärkste Partei ist, und für einen Wahlsieg im Prinzip nur ihre Anhängerschaft voll mobilisieren muß, kann die SPD nur dann eine Mehrheit erreichen, wenn sie ihre Stammwähler vollständig zur Wahlteilnahme motiviert und zugleich Wechselwähler von anderen Parteien (wegen der Größenverhältnisse primär von der CDU/CSU), ehemalige Nichtwähler oder Jungwähler anzieht.

Die Faustregel für SPD-Wahlkämpfe lautet mithin: Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen. Das ist deswegen leichter gesagt als getan, weil damit teilweise sehr unterschiedliche soziale Gruppen und politische Mentalitäten angesprochen werden müssen: die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer einerseits, die eher konservativ orientierten Mittelschichten andererseits. Konzentriert sich die Partei im Wahlkampf zu stark auf die "bürgerliche Mitte", läuft sie Gefahr, eher links bzw. traditionalistisch orientierte Stammwähler zu verlieren, betreibt sie vorrangig

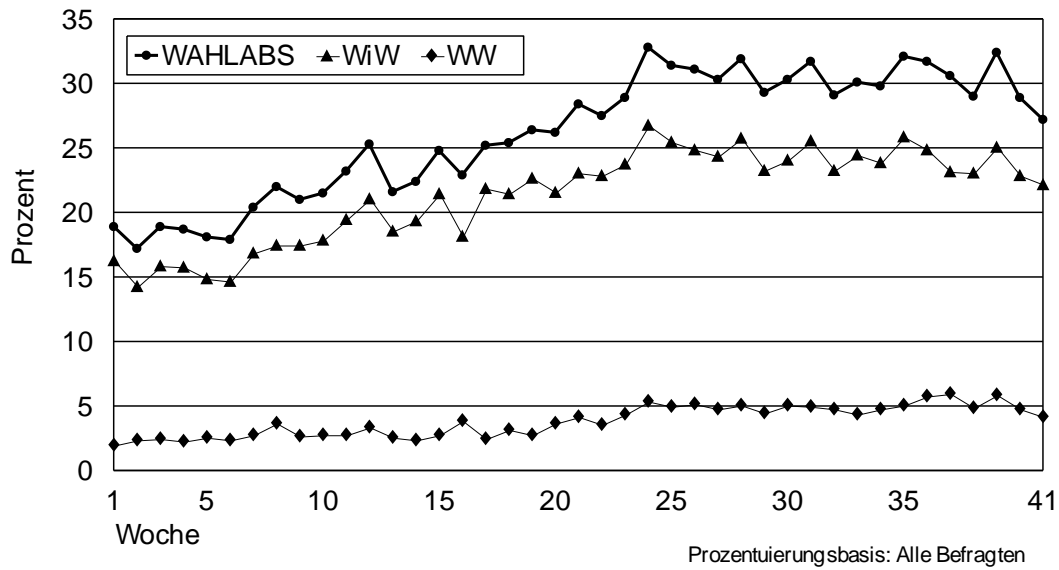
Stammwählermobilisierung, könnten die Wechsler von anderen Parteien ausbleiben.

Sozialer Wandel

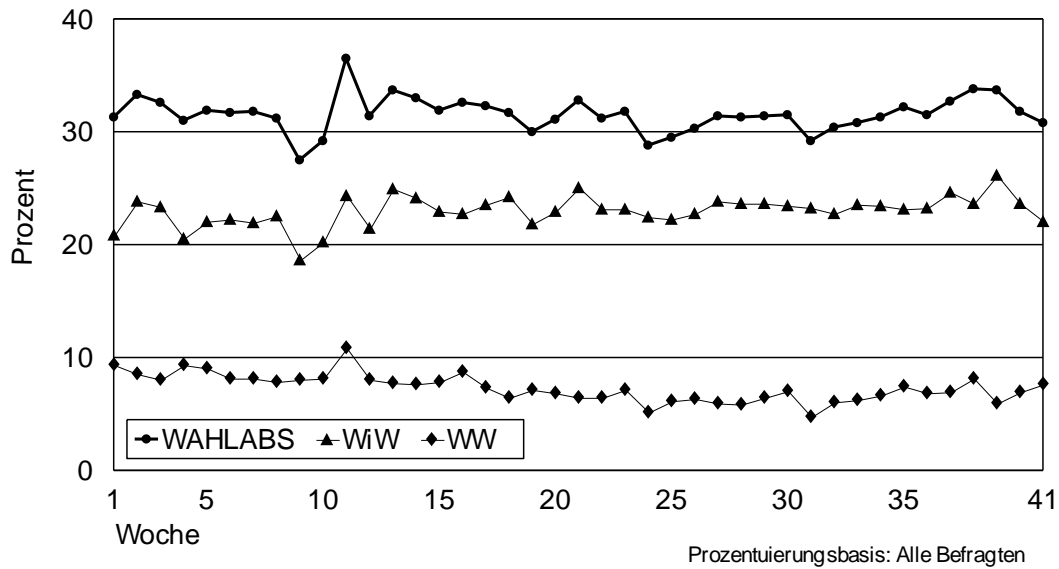
Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß infolge des sozialen Wandels die klassische Wählerbasis der SPD, die Arbeiterschaft, zugunsten der Mittelschichten abnimmt. Zwischen 1950 und 1996 hat sich der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen von 51 auf 36 Prozent vermindert, der Anteil der Angestellten und Beamten dagegen von 21 auf 53 Prozent erhöht. Die Mittelschichten zeichnen sich dadurch aus, daß sie sehr individualistisch, vergleichsweise gut gebildet und bezüglich ihres Wahlverhaltens sehr flexibel sind. Insoweit es sich dabei um praktizierende Katholiken oder um Gewerkschafter handelt, werden sie sich primär an der CDU/CSU bzw. an der SPD orientieren. Die "besserverdienenden" Selbständigen neigen oft, wenn sie religiös ungebunden sind und in einem prosperierenden Umfeld leben (es handelt sich also um eine sehr kleine Gruppe), zur FDP, und die "postmaterialistisch" denkenden Angestellten und Beamten, denen Umweltschutz, persönliche und politische Freiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter etc. besonders am Herzen liegen, präferieren zumeist die Bündnisgrünen. **Stets gilt jedoch, daß die Mittelschichten, selbst dann, wenn sie sich mehr oder weniger fest an eine Partei binden, deren Politik sehr aufmerksam und kritisch verfolgen.** Heute wählt beispielsweise ein Beamter, der fleißiger katholischer Kirchgänger ist und in einem entsprechenden Milieu lebt, nicht mehr automatisch CDU oder CSU. Er will von seiner Partei überzeugt werden, bevor er ihr seine Stimme gibt. Andernfalls beteiligt er sich nicht an der Wahl oder wechselt vielleicht sogar zu einer anderen Partei.

Am Beispiel des "Superwahljahrs" 1994 läßt sich anschaulich zeigen, **daß Wählermobilisierung heute vornehmlich die Mobilisierung der kritischen Stammwähler bedeutet.** Die CDU/CSU gewann die Bundestagswahl, weil sie ihre Wählerschaft seit Anfang des Jahres bis zum Sommer kontinuierlich durch die Mobilisierung von Unentschlossenen vergrößern konnte (Grafik 2). Dieser Zuwachs bestand primär

Grafik 2: Wahlabsicht, Wiederwähler und Wechselwähler für die CDU/CSU 1994 (Alte Bundesländer 1. bis 41. Woche)



Grafik 3: Wahlabsicht, Wiederwähler und Wechselwähler für die SPD 1994 (Alte Bundesländer 1. bis 41. Woche)



Datenquelle: forsa (N=98.197).

aus ehemaligen Unionswählern, was sich am Verlauf der Kurve für die Stimmenanteile der Wiederwähler ablesen läßt. Kritische Stammwähler waren zunächst mit der Politik der Kohl-Regierung unzufrieden und gaben sich bei Meinungsumfragen hinsichtlich ihrer Parteipräferenz unentschlossen. Im Laufe des Dauerwahlkampfes konnten sie dann davon überzeugt werden, daß sich die CDU/CSU angesichts des vermeintlichen wirtschaftlichen Umschwungs auf dem richtigen politischen Weg befindet. Der Gewinn an Wechselwählern spielte dagegen quantitativ eine nachgeordnete Rolle.

Die SPD stagnierte 1994 über die Wochen hinweg bis zur Bundestagswahl. Es gelang ihr zwar zunächst (nach der Niedersachsenwahl) in bescheidenem Umfang, ehemalige Anhänger zurückzugewinnen, gleichzeitig verlor sie aber Wechsler an die Union. Detailliertere Analysen³ ergaben, daß die SPD ihr Stammpublikum keineswegs ausgeschöpft hatte. Die Ursachen sind hinlänglich bekannt: mangelndes programmatisches Profil, keine klare Führungsstruktur, innere Zerstrittenheit, kein erkennbares Konzept für den Machterwerb und nicht zuletzt grobe Fehler in der Wahlkampfführung. Die Folge war, daß die Medien Rudolf Scharping regelrecht niederschrieben.

Die SPD muß schon bei der Mobilisierung ihrer treuen Wähler große Integrationsleistungen erbringen, weil sich diese mittlerweile aus zwei unterschiedlichen Quellen speisen: aus der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft und aus den postmaterialistischen Mittelschichten. Erstere haben bezüglich ihrer Wertorientierungen eine besondere Nähe zum Lager der Union, letztere zu den Bündnisgrünen. Es lauern also Abwanderungsgefahren in zwei verschiedene Richtungen (unter Umständen in der modernisierungsbedrohten Arbeiterschaft auch noch in eine dritte Richtung: zum Rechtsextremismus). Daher mochte sich die Partei wohl auch 1994 nicht auf eine rot-grüne Perspektive festlegen. In der politischen Vielfalt ihrer treuen Anhänger liegt jedoch auch eine Chance für die SPD: **Über die Brücken zum Lager der**

3 Richard Stöss, Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997.

CDU/CSU und zu dem der Bündnisgrünen können auch Wechselwähler angezogen werden.

Staatliche Vereinigung Deutschlands

Der gesellschaftlich-politische Wandel in Ostdeutschland⁴ und die Vereinigung beider deutscher Staaten bereicherte die politische Kultur der Bundesrepublik und ihr Parteiensystem um eine weitere Konfliktlinie: den **Ost-West-Gegensatz**. Er verläuft quer durch alle Parteien (selbst durch die PDS) und prägt die politischen Wettbewerbsbedingungen stärker, als es die meisten Politiker wahrhaben wollen. In der Bundesrepublik existieren genau genommen zwei politische Kulturen mit unterschiedlichen Wertorientierungen und zwei Parteiensysteme mit verschiedenen Kräfteverhältnissen und Machterwerbschancen.

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache hervorzuheben, daß die gerade erwähnten - für das westliche Parteiwesen charakteristischen - **sozialstrukturellen Wählerbindungen im Osten zunächst nicht bestanden**. Abgesehen von der PDS verfügten die Parteien nicht über spezifische soziale Basen und konnten sich auch nicht auf kulturelle Milieus stützen. Die Wahlentscheidungen waren mithin nahezu ausschließlich politisch motiviert. Daß die Unionsparteien die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990 erfolgreich bestehen konnten, lag vor allem daran, daß die Ostdeutschen, gerade auch die Arbeiter, die D-Mark wählten und den Versprechungen der Union auf "blühende Landschaften" glaubten. Die SPD fand mit ihren kritischen Hinweisen auf Probleme beim Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands kaum Gehör. Schwarzmalerei störte die optimistische Grundstimmung. So erzielten die Bonner Regierungsparteien 1990 in Ostdeutschland insgesamt nahezu 55 Prozent der Zweitstimmen, während es die SPD auf magere 24 Prozent brachte. **Die CDU war in Ostdeutschland auch zur Mehrheitspartei der Arbeiter geworden**, und dies gerade auch in den ehemaligen sächsischen und thüringischen Hochburgen der SPD. In den Zentren der staatlichen Verwaltung und der

4 Ostdeutschland umfaßt das Gebiet der ehemaligen DDR, heute die fünf neuen Bundesländer sowie Ost-Berlin. Diese Definition gilt auch für alle Tabellen in diesem Bericht.

Dienstleistungen (Ost-Berlin, ehemalige Bezirkshauptstädte) mußte sich die SPD noch mit einer anderen Konkurrentin auseinandersetzen, die dort ab 1993 zunehmend an Einfluß gewinnen sollte: mit der PDS.

Die staatliche Vereinigung Deutschlands wirkte sich also zunächst bei Wahlen für die SPD als weitere Benachteiligung im Parteienwettbewerb aus, weil sie sich im Osten kaum auf die sozialen Strukturen (städtische Regionen mit hohem Industrie- und Dienstleistungsanteil, Gewerkschaftsmilieu, Arbeiterschaft) stützen konnte, die im Westen ihr Rückgrat bilden.

Bedeutsam für das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 ist die Entwicklung der Stimmungslage in beiden Teilen Deutschlands. Im Osten gab man der Bundesregierung lange Zeit einen enormen Vertrauensvorschuß bezüglich ihrer Ankündigung von "blühenden Landschaften". 1994 glaubten 47 Prozent der Osis, aber nur 33 Prozent der Wesis, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verbessern würden. Drei Jahre später glaubten dies im Osten nur noch 14 Prozent, ebenso viele wie im Westen (13%). Der Ost-West-Unterschied besteht darin, daß der Anteil der Optimisten um 33 Prozentpunkte (West: 20) gesunken, der Anteil der Pessimisten um 35 Prozentpunkte (West:23) gewachsen ist (Tab. 2). **Die Stimmung hat sich in Ostdeutschland nach 1994 also viel dramatischer verschlechtert als in Westdeutschland. Die überzogenen Hoffnungen hatten sich in abgrundtiefe Frustration verwandelt.** Sie richtete sich in erster Linie gegen die CDU, dann aber auch gegen das System.

In der Folge wuchs die Systemverdrossenheit, also die Unzufriedenheit mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik dramatisch an (Tab. 3). Betrug sie 1990 unter den Wahlberechtigten noch etwa 10 Prozent, so waren es 1998 31 Prozent; im Westen 27 und im Osten sogar 43 Prozent. (Der Anteil der Politikverdrossenen lag auch 1990 bei rund 30%.)

Tabelle 2: Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in der Bundesrepublik 1994 und 1997 im Ost-West-Vergleich (% bzw. Prozentpunkte)						
<i>Frage:</i> "Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern, verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben?"						
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1997	Differenz	1994	1997	Differenz
Verbessern	33	13	-20	47	14	-33
Unverändert	25	21	-4	28	25	-3
Verschlechtern	39	62	+23	22	57	+35

Datenquelle: forsa (Jahresdurchschnittswerte, N=ca. 120.000 pro Jahr).

Tabelle 3: Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik, in West- und Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)			
	Bundesrepublik	Westdeutschland	Ostdeutschland
Zufriedene ¹⁾	33	37	21
Unzufriedene	61	57	72
<i>davon:</i>			
Politikverdrossene ²⁾	30	30	29
Systemverdrossene ³⁾	31	27	43
WN/KA	6	6	7

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=1312).

Datenquelle: forsa.

- 1) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind.
- 2) Befragte, die zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, mit ihrem Funktionieren jedoch unzufrieden sind.
- 3) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind.

Alle Umfragen im Jahr 1998 signalisierten einen starken Einbruch der Union in der Wählergunst, vor allem im Ostdeutschland. Der Wunsch nach einem politischen Wechsel ohne allzu große Veränderungen war weit verbreitet und der Spitzenkandidat der SPD, Gerhard Schröder, weitaus populärer als Helmut Kohl. Die stark angewachsene Unzufriedenheit mit den Bonner Regierungsparteien und die weit verbreitete Systemverdrossenheit nährten insbesondere nach der Landtagswahl von Sachsen-Anhalt, bei der die DVU 13 Prozent der Zweitstimmen erreicht hatte, Spekulationen, daß die rechtsextremen Parteien⁵ in gewissem Ausmaß von den Verlusten der Union profitieren und auch der SPD Stimmen abnehmen könnten. Der Einzug der DVU in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern galt als wahrscheinlich.

5 An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Begriff **Rechtsextremismus** hier nicht im Sinne der amtlichen, von den Verfassungsschutzämtern gebrauchten Bedeutung verstanden wird. Wenn wir Parteien als rechtsextrem oder als extrem rechts bezeichnen, dann zielen wir dabei nicht auf ihre Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sondern auf ihre Position im Parteienspektrum, das gedanklich auf einer Links-Rechts-Achse abgebildet wird. Für unsere Untersuchungen ist unbedeutend, daß zwischen NPD, DVU und Republikanern programmatische Unterschiede bestehen.

2) Der Wahlkampf

Die Hauptaufgabe der Parteien in Wahlkämpfen besteht darin, zugleich ihre Anhänger zu mobilisieren und Wechselwähler zu gewinnen. Vereinfacht ausgedrückt bedeutete dies für den Wahlkampf 1998: Da die Unionsparteien traditionell über eine größere Anhängerschaft verfügen als die SPD, waren gerade die Sozialdemokraten auf die Eroberung neuer Wählerschichten angewiesen, um die CDU/CSU zu überflügeln. Die Parteien der christlich-liberalen Koalition in Bonn mußten im Prinzip nur ihr Potential von 1994 halten, um einen Machtwechsel zu verhindern.

Die Ausgangsbedingungen waren für die CDU/CSU Anfang 1998 genauso ungünstig wie Anfang 1994. Während es ihr im Bundestagswahljahr 1994 jedoch gelungen war, ihre Anhänger bis zur Sommerpause nahezu vollständig zu mobilisieren, ist ihr das diesmal nicht gelungen. **Denn anders als 1994 ist 1998 die allgemeine Stimmung der Bevölkerung sehr schlecht: Politik- und Systemverdrossenheit sind weit verbreitet, und es dominiert Zukunftspessimismus.** Weil Unzufriedenheit vor allem den regierenden Parteien schadet, bemühte sich die Union im Wahlkampf nach Kräften, ihre bisherigen Leistungen herauszustellen und ein positives Bild von der Zukunft zu malen. Angesichts der schlechten Stimmung im Lande war es allerdings nahezu aussichtslos, mit der Losung "Weiter so!" Optimismus zu erzeugen. Denn die Bevölkerung wünschte sich neue Gesichter an der Spitze des Staates und (moderate) Veränderungen in einzelnen Politikfeldern. Das Dilemma der Koalitionsparteien drückt sich in der von der FDP in die Debatte gebrachten (im Wahlkampf von den Regierungsparteien aber kaum erfolgreich zu kommunizierenden) Parole aus: "Politikwechsel ohne Machtwechsel". Die CDU/CSU versucht diesem Dilemma dadurch zu enttrinnen, daß sie die Wahl zu einer **Richtungsentscheidung** erklärte. Tatsächlich lassen sich die eigenen Anhänger in einer Situation starker politischer Polarisierung zumeist gut mobilisieren, während Parteiwechsel dadurch erschwert werden.

Dieses Kalkül ging 1998 nicht auf; und zwar aus zwei Gründen: Erstens drängten auch Teile des Regierungslagers auf personelle und sachliche Veränderungen. Zweitens ließ sich die SPD nicht auf einen Richtungswahlkampf ein. Die Polarisierungsstrategie der Union war folglich ins Leere gelaufen.

Neben der allgemeinen Stimmungslage bestand noch ein zweiter wichtiger Unterschied zur Situation von 1994: **Die Konkurrenzbedingungen der Unionsparteien hatten sich verschlechtert:** Im "Superwahljahr" befand sich die SPD in einer miserablen Verfassung und führte den Wahlkampf konzeptionslos und dilettantisch. 1998 war sie geschlossen und stand einig hinter ihrem Spitzenkandidaten, der über eine sehr große Popularität (auch im Unionslager) und über administrative Erfahrungen als Ministerpräsident verfügte. Überdies konnte er bei der Niedersachsenwahl einen glänzenden Sieg vorweisen. Der Wahlkampf der SPD war professionell und mediengerecht organisiert, und die öffentliche (veröffentlichte) Meinung war ihr außerordentlich wohlgesonnen. Ihr Ruf nach einem Wechsel entsprach eher dem Zeitgeist als die Beschwörung von Kontinuität oder gar die Inszenierung von (Schein-)Konflikten. Für die Hauptaufgabe von Wahlkämpfen (Anhänger mobilisieren - Wechselwähler gewinnen) hatte sich die SPD personell und programmatisch gerüstet: Während Lafontaine eher das sozialdemokratische Stammpublikum ansprach, zielte Schröder primär auf unzufriedene Unionsanhänger. Mit der Doppelforderung nach sozialer Gerechtigkeit und Innovation wurden die Interessen sowohl von traditionalistischen als auch von modernisierungsorientierten Wählerschichten, die Interessen also der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft und der "neuen Mitte", berücksichtigt.

3) Das Wahlergebnis im Überblick

Bei der Bundestagswahl 1998 erzielten Sozialdemokraten und Bündnisgrüne mit 345 von 669 Mandaten eine deutliche Mehrheit im Deutschen Bundestag. B90/G wurde mit hauchdünnem Abstand vor der FDP wiederum drittstärkste Partei. Die PDS überwand die Fünf-Prozent-Hürde knapp und eroberte wiederum ihre 4 Direktmandate in Ost-Berlin, die ihr auch schon 1994 zugefallen waren. Die Rechtsextremen scheiterten - auch wenn ihre Zweitstimmen addiert werden - an der Sperrklausel.

Gegenüber der Bundestagswahl 1994 haben CDU/CSU (-6,3 PP), FDP (-0,7 PP) und Bündnisgrüne (-0,6 PP) an Zweitstimmen verloren, SPD (+4,5 PP), PDS (+0,7) und die extrem rechten Parteien DVU, NPD und REP (+1,5 PP) dagegen hinzugewonnen.

Die SPD gewann absolut rund 3 Millionen Zweitstimmen hinzu, die PDS fast 500.000, was immerhin eine Erweiterung ihrer Wählerzahl um rund ein Viertel gegenüber 1994 bedeutete.

Tabelle 4: Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	43,8	40,9	212	73	13	298
CDU/CSU	39,5	35,2	112	133		245
B90/G	5,0	6,7		47		47
FDP	3,0	6,2		44		44
PDS	4,9	5,1	4	31		35
DVU	-	1,2				
REP	2,3	1,8				
NPD	0,1	0,3				
Sonstige	1,4	2,6				
Summe	100,0	100,0	328	328	13	669

Vorläufiges amtliches Endergebnis.

4) Trends 1990 - 1998

Diese Entwicklung zwischen 1994 und 1998 spiegelt einen Trend wider, der nun am Beispiel von Ostdeutschland etwas genauer betrachtet werden soll.

	CDU/CSU ²⁾		SPD		FDP		B90/G		PDS		REX ³⁾	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1990	44,3	41,8	35,7	24,3	10,6	12,9	4,8	6,3	0,3	11,1	2,6	1,6
1994	42,1	38,5	37,5	31,5	7,7	3,5	7,9	4,3	1,0	19,8	2,0	1,2
1998 ⁴⁾	37,1	27,3	42,3	35,1	7,0	3,3	7,3	4,1	1,2	21,6	2,8	5,0
98/90 ⁵⁾	-7,2	-14,5	+6,6	+10,8	-3,6	-9,6	+2,5	-2,2	+0,9	+10,5	+0,2	+3,4
98/94 ⁶⁾	-5,0	-11,2	+4,8	+3,6	-0,7	-0,2	-0,6	-0,2	+0,2	+1,8	+0,8	+3,8

- 1) Westdeutschland einschl. Berlin-West; Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost.
- 2) In Ostdeutschland nur CDU.
- 3) 1990: REP, NPD, DDD; 1994: REP; 1998: DVU, NPD, REP.
- 4) Vorläufiges amtliches Endergebnis.
- 5) Veränderungen 1998 gegenüber 1990 in Prozentpunkten.
- 6) Veränderungen 1998 gegenüber 1994 in Prozentpunkten.

Seit der Vollendung der staatlichen Einheit fanden bei Wahlen in Ostdeutschland erhebliche Verschiebungen statt. Betrachtet man nur die Netto-Veränderungen (Tab. 5), dann verloren die Bonner Koalitionsparteien zwischen 1990 und 1998 24,1 Prozentpunkte, die Bündnisgrünen weitere 2,2 (insgesamt also 26,3 PP). Die Ursachen liegen auf der Hand: **CDU und FDP haben nach Auffassung vieler Ostdeutscher bei der sozial gerechten Gestaltung der inneren Einheit versagt.** Die anfänglich euphorischen Hoffnungen, daß mit der D-Mark automatisch blühende Landschaften erwachsen, sind weithin in Frustration umgeschlagen, die Unzufriedenheit mit Demokratie und sozialer Marktwirtschaft hat erheblich zugenommen. Daß auch die Bündnisgrünen zu den Verlierern zählen, beruht unter anderem darauf,

daß sie in den Augen der meisten Ostdeutschen westliche Werte verkörpern und bei der Herstellung von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit eher als Störfaktor gelten.

Welche Parteien haben von den Verlusten profitiert? Gewinner der insgesamt 26,3 Prozentpunkte sind:

SPD:	+10,8 PP
PDS:	+10,5 PP
DVU/NPD/REP:	+3,4 PP
Sonstige:	+1,6 PP

In der Abschlußbilanz verteilt sich der Gesamtverlust von CDU/FDP/B90 in Ostdeutschland zu gleichen Teilen (jeweils etwa 40%) auf SPD und PDS und zu rund einem Fünftel auf (zumeist extrem rechte) Kleinparteien. **SPD, PDS und Rechtsextreme konkurrieren mithin um das von CDU, FDP und B90/G freigesetzte Wählerpotential.**

Die Entwicklung verlief in zwei Abschnitten (Tab. 5):

Zunächst - bis 1994 - hielten sich die Verluste der CDU noch in Grenzen (-3,3 PP), während die FDP dramatisch abschnitzte (-9,4 PP). SPD (+7,2 PP) und PDS (+8,7 PP) machten in dieser Phase ihre großen Gewinne. Die Rechtsextremen verloren. Zwischen 1994 und 1998 büßte die CDU dann aber 11,2 Prozentpunkte ein, die SPD gewann nur noch 3,6, die PDS 1,8, die extreme Rechte aber 3,8 Prozentpunkte.

In Sachsen trat dieser Trend besonders deutlich zutage: Zwischen 1994 und 1998 verringerte sich der CDU-Anteil um 15,3 Prozentpunkte. SPD und PDS legten um 4,8 bzw. 3,3 Prozentpunkte zu, die extreme Rechte um 4,3 Prozentpunkte, und die erstmals angetretene Pro-DM-Partei brachte es auf weitere 2,7 Prozent. Rechte Randparteien übernahmen rund die Hälfte der Unionsverluste, die SPD ergatterte knapp ein Drittel und die PDS sogar nur ein Fünftel.

Diese Betrachtung der Nettoveränderungen sagt zwar nichts über die tatsächlichen Wählerwanderungen aus, verdeutlicht aber die Kräfteverschiebungen zwischen den Parteien und weist auf mögliche künftige Entwicklungen hin. **Die starke Unzufriedenheit in Ostdeutschland begünstigt zweifellos rechte Kleinparteien, vielleicht sogar mehr noch als die PDS, die ihr Wählerpotential vielerorts ausgereizt zu haben scheint.** Daß sich die erhebliche Wahlbereitschaft⁶ zugunsten rechtsextremer Parteien (rund 9% in Ostdeutschland) nicht in tatsächlichem Wahlverhalten niederschlug, dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, daß die überwiegende Mehrheit der Unzufriedenen bzw. Systemverdrossenen angesichts der realistischen Aussichten auf einen Machtwechsel SPD (oder PDS) gewählt haben, um dem politischen Establishment eine letzte Chance für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu geben.

⁶ Während mit der "Sonntagsfrage" nach der konkreten **Wahlabsicht** gefragt wird, wird die **Wahlbereitschaft** mit folgender Frage gemessen: "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei Landtagswahlen/Bundestagswahlen auch einmal die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?"

5) Gewinne und Verluste 1994 - 1998

Bisher wurde auf der Grundlage von Netto-Veränderungen der Parteianteile argumentiert. Daraus ist nicht erkennbar, ob sich die Gewinne der SPD, der PDS und der Rechten nur aus dem Niedergang der Union oder auch aus anderen Quellen speist.

Dies gilt entsprechend auch für den folgenden Untersuchungsschritt, der Zusammenhänge zwischen den Erfolgen bzw. Mißerfolgen (gemessen an Gewinnen bzw. Verlusten gegenüber der Bundestagswahl 1994) der Unionsparteien einerseits und SPD, Bündnisgrünen, PDS und etrem rechter Parteien andererseits aufklärt.

Tabelle 6: Korrelationen der Zweitstimmen-Prozentpunktdifferenzen 1998-1994¹⁾ in den Wahlkreisen von CDU/[CSU] mit denen von SPD, B90/G, PDS und extrem rechten Parteien (DVU, NPD, REP) bei der Bundestagswahl 1998 in West- und Ostdeutschland sowie in den neuen Ländern (Kendall's Tau-c x 100)								
	West	Ost	MV	Bdbg	BIn-O	SA	Sa	Thü
SPD	-37	-23	-39	-48	x	x	x	x
B90/G	10	27	x	52	0	0	33	x
PDS	-14	-55	0	-64	0	-44	-33	-52
REX	-22	-26	-72	x	80	-44	-58	-61

x = Nicht signifikant.

REX = DVU, NPD, REP.

1) Vorläufiges amtliches Endergebnis.

Bei der Interpretation der Veränderungen der Zweitstimmenanteile der Parteien in den Wahlkreisen zwischen 1994 und 1998 ist folgendes zu beachten:

Die Unionsparteien mußten in allen Wahlkreisen Verluste (zwischen 1,6 und 18,9 Prozentpunkten) hinnehmen. Die gemessenen Zusammenhänge zwischen Gewinnern und Verlierern basieren nicht auf Individualdaten sondern auf Aggregatda-

ten. Eine negative Korrelation von A und B bedeutet, daß Partei A mehr oder weniger regelmäßig in den Wahlkreisen Zweitstimmen einbüßte, in denen Partei B in entsprechender Regelmäßigkeit zulegte (oder umgekehrt). Das heißt nun nicht notwendigerweise, daß die Zugewinne von Partei B ausschließlich zu Lasten von Partei A gehen. Sie können auch auf Abwanderungen von anderen Parteien oder auf der Mobilisierung von ehemaligen Nichtwählern bzw. von Erstwählern beruhen. Der Zusammenhang ist ausschließlich räumlicher Art.

Die Aggregatdatenanalyse ergibt folgendes Bild (vgl. Tab. 6):

- Generell gilt (in ganz Deutschland): Die Veränderung der Zweitstimmenanteile der CDU[/CSU] korreliert positiv mit der Veränderung der Zweitstimmenanteile der Bündnisgrünen und negativ mit den entsprechenden Veränderungen bei SPD, PDS und rechtsextremen Parteien. Mit anderen Worten: **SPD, PDS und DVU/NPD/REP profitieren zumeist dort, wo die Union verliert.**
- In Ostdeutschland variieren die Veränderungen der PDS besonders deutlich mit denen der CDU. Der Zusammenhang von CDU-Verlusten und PDS-Gewinnen ist größer als der von CDU-Verlusten und Gewinnen der SPD bzw. der Rechtsaußenparteien. **Die PDS ist im Osten also besonders stark von der regionalen Entwicklung der CDU abhängig.** Je stärker die Christdemokraten einbrechen, desto besser fallen in der Regel die PDS-Zuwächse aus.
- Vergegenwärtigt man sich die Lage in den fünf neuen Ländern und in Ost-Berlin, dann werden deutliche Unterschiede erkennbar. In Ost-Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen schlagen sich die CDU-Verluste nicht systematisch in **SPD**-Gewinnen nieder. Dies ist nur in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg der Fall. Die Zweitstimmenentwicklung der **PDS** korreliert mit der der CDU nur in Brandenburg und in den drei südöstlichen Ländern (wo die PDS übrigens rund 70% ihres absoluten Stimmenzuwachses erzielte), nicht aber in Ost-Berlin (dort verlor sie Zweitstimmen) und in Mecklenburg-Vorpommern (keine Zweitstimmenveränderung gegenüber 1994). Die Erfolge der **extrem rechten Parteien** hängen besonders eng mit den CDU-Verlusten in Mecklenburg-

Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zusammen. In Brandenburg ist kein (signifikanter) Zusammenhang festzustellen, und in Ost-Berlin schmelzen die Rechten sogar parallel zur CDU ab.

Weitere Untersuchungen ergeben, daß die Zweitstimmenbilanz der PDS 1994-98 im Osten zwar mit der der CDU und mit der der Bündnisgrünen (negativ) korreliert. Ein signifikanter Zusammenhang mit der SPD existiert jedoch nicht. Die Gewinne bzw. Verluste der PDS hängen also räumlich nicht mit der Entwicklung der SPD zusammen. **Da beide Parteien aber überwiegend (wenn auch unterschiedlich stark) in Wahlkreisen zulegen, wo die CDU verliert (und das ist durchgängig der Fall), gewinnen (bzw. verlieren) SPD und PDS offenbar in unterschiedlichen Wahlkreisen - und dies auch noch in unterschiedlichem Ausmaß.** Im Westen besteht allerdings ein (negativer) Zusammenhang zwischen den Zweitstimmenbilanzen von SPD und PDS: Wo die SPD zulegt, schmilzt zumeist die PDS ab, wo die PDS gewinnt, verliert die SPD zumeist.

Insgesamt verbessern PDS, Rechtsextreme und SPD ihr Wahlergebnis dort mehr oder weniger stark, wo die Union entsprechend mehr oder weniger stark verliert. **Offensichtlich gewinnen sie aber jeweils unterschiedliche Wählergruppen.** Dies legt auch der Zusammenhang von Gewinnen/Verlusten der Parteien mit der Veränderung der Wahlbeteiligung zwischen 1994 und 1998 nahe: Mit zunehmender Wahlbeteiligung im Osten verlieren CDU und Bündnisgrüne in der Regel an Zweitstimmen (erstere stärker als letztere); die PDS, die extrem rechten Parteien und die SPD profitieren davon eher (in der angegebenen Reihenfolge). Die Gewinnerparteien mobilisieren dort ehemalige Nichtwähler, wo und in dem Maß wie die Union abschmilzt. (Dies gilt übrigens nicht für Westdeutschland!)

6) Wählerwanderungen

Berechnungen des Wähler austauschs zwischen den Parteien sowie zwischen Parteien und dem Nichtwählerbereich gelten als außerordentlich problematisch. Die Ergebnisse sollten daher nur im Sinne von Größenordnungen interpretiert werden. Mit dieser Maßgabe werden hier einige Angaben der Wanderungsanalysen von Emnid⁷ wiedergegeben, bei der die PDS allerdings nicht mit einer eigenen Bilanz berücksichtigt wurde:

- Die **SPD** gewinnt per Saldo über 2,5 Millionen Wähler. Dieser Zuwachs stammt in erster Linie von der CDU/CSU (rund 1,7 Mio), dann aber auch von den Bündnisgrünen, der FDP und aus dem Nichtwählerbereich (über 500.000). Sie gibt aber auch Stimmen an die PDS (über 300.000) und an die sonstigen Parteien (vor allem wohl an die Rechtsextremen) ab.
- Die **CDU/CSU** verliert knapp 2,5 Millionen Wähler, vor allem an die SPD, aber auch an die Nichtwähler (über 500.000), an die PDS (rund 270.000), an die Sonstigen und an die Bündnisgrünen. Sie gewinnt von der FDP über 100.000 Stimmen.
- Die **FDP** büßt insgesamt über 250.000 Wähler ein, zumeist an die SPD (knapp 300.000) und an die Unionsparteien (über 100.000). Sie gewinnt ehemalige Nichtwähler und von den sonstigen Parteien.
- Die **Bündnisgrünen** verlieren alles in allem rund 170.000 Stimmen. Sie geben an die SPD (über 400.000) und an die PDS (26.000) ab, gewinnen ehemalige Nichtwähler (über 120.000), Stimmen von den Sonstigen und von der CDU/CSU.

7 Der Spiegel, Wahlsonderheft '98, 29.9.1998, S. 34.

7) Das Ergebnis der SPD

Anhängermobilisierung

1998 entschieden sich 58 Prozent der Personen, die sich an der Bundestagswahl beteiligten, für dieselbe Partei, der sich auch schon 1994 ihre Stimme gegeben hatte. **Das Wahlverhalten ist also überwiegend konstant.** Der Anteil der Wiederwähler betrug in Westdeutschland durchschnittlich 60 Prozent, in Ostdeutschland 50 Prozent. **Auch in den neuen Ländern nehmen folglich die Bindungen an eine Partei zu.**

Tabelle 7: Parteianhänger nach Wählertypen in West- und Ostdeutschland bei der Bundestagswahl 1998				
	Jungwähler	Wiederwähler	Parteiwechsler	Einwechsler
Westdeutschland				
SPD	5	61	18	16
CDU/CSU	5	71	8	16
B90/G	9	52	23	16
FDP	6	37	36	21
PDS	9	16	48	27
REP	13	34	32	21
Ostdeutschland				
SPD	6	45	28	21
CDU	5	72	6	17
B90/G	15	42	27	16
FDP	11	31	37	21
PDS	7	52	24	17
REP	14	21	42	23

Wahltagsbefragung (forsa), Urnenwähler, N=19.113.

Jungwähler: Wähler im Alter von 18 bis 21 Jahren.

Wiederwähler: Haben 1998 die Partei gewählt, die sie auch 1994 gewählt haben.

Parteiwechsler: Haben 1998 eine andere Partei gewählt als 1994.

Einwechsler: Haben 1994 nicht gewählt, 1998 aber gewählt.

Der Anteil der Wiederwähler an den CDU/CSU-Wählern insgesamt machte bundesweit 71 Prozent aus. Die entsprechenden Werte für die übrigen Parteien: SPD 58, B90/G 51, FDP 37, PDS 45 und REP 32 Prozent (DVU und NPD haben sich nicht an der Bundestagswahl 1994 beteiligt).

Da sich die vier Wählertypen in Tabelle 7 für jede Partei auf 100 Prozent addieren, sinken die Wechsleranteile im Prinzip (wenn die Jungwähler konstant gehalten werden) mit wachsenden Wiederwählerraten. Allerdings variiert auch der Jungwähleranteil in gewissem Umfang: Im Westen verzeichnen die Bündnisgrünen und die PDS vergleichsweise hohe Anteile (jeweils 9%), mit 13 Prozent liegen die Republikaner allerdings an der Spitze. In Ostdeutschland liegen dagegen die Bündnisgrünen mit 15 Prozent vorne, knapp gefolgt von den REP mit 14 Prozent⁸. Mit 11 Prozent verzeichnet die FDP (erstaunlicherweise) einen recht hohen Jungwähleranteil. Die PDS liegt mit 7,1 Prozent etwas unter dem Durchschnitt von 7,7 Prozent Jungwähleranteil an den Wählern im Osten insgesamt.

Wenn die Daten in Tabelle 7 mit den entsprechenden Angaben für 1994 (hier nicht gesondert tabellarisch ausgewiesen) verglichen werden, dann sind die Veränderungen bei den absoluten Zahlen zu berücksichtigen. So hat die SPD rund 3 Millionen Wähler hinzugewonnen, die CDU/CSU über 2 Millionen Wähler verloren. Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen ergibt sich folgendes Bild:

- **Die Unionsparteien haben bundesweit im Saldo 1998/94 etwa ein Viertel ihrer parteitreuen Wähler und rund die Hälfte an Wechselwählern (Parteiwechsler und Einwechsler) verloren. Das bedeutet: Die Union konnte ihre Anhänger nicht voll mobilisieren und hat sehr starke Verluste im Wechslerbereich hinnehmen müssen.**
- **Die SPD konnte ihr Stammpotential von 1994 in beiden Teilen Deutschlands halten. In Westdeutschland hat sich die Anzahl der Wechselwähler von anderen Parteien gegenüber 1994 knapp verdoppelt, in Ostdeutschland ist der Zuwachs**

⁸ Es wird sich noch zeigen, daß der Jungwähleranteil im Osten stark ansteigt, wenn auch die beiden anderen rechtsextremen Parteien DVU und NPD in die Rechnung mit einbezogen werden.

geringer: nicht ganz die Hälfte vom Ausgangswert 1994. Auch die Anzahl der Einwechsler (der Personen also, die sich 1994 nicht an der Wahl beteiligt, 1998 aber SPD gewählt haben) hat sich im Westen verdoppelt, im Osten sogar beinahe verdreifacht.

Infolge dieser Berechnungen⁹ hat die SPD ihre Hauptaufgabe bei Wahlkämpfen (Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen) hervorragend gemeistert. Vor allem die Tatsache, daß sie ihre treuen Anhänger (die, wie oben erwähnt, immer kritischer werden) wieder mobilisieren und gleichzeitig in erheblichem Umfang Wechsler hinzugewinnen konnte, zeigt, daß die Wahlkampfstrategie voll aufgegangen ist.

Die Union dürfte vor allem daran gescheitert sein, daß sie einen Teil ihrer ehemaligen Anhänger nicht an die Wahlurnen bringen konnte bzw. an die SPD verloren hat.

Herkunft der Parteiwechsler

Bundesweit stammen 60 Prozent der Parteiwechsler der SPD von den Unionsparteien, 24 Prozent von den Bündnisgrünen, jeweils 6 Prozent von FDP und PDS und immerhin 3 Prozent von den Republikanern.

Tabelle 8 zeigt, wie sich die Wählerschaft der SPD insgesamt zusammensetzt. Daß 61 Prozent im Westen und 45 Prozent im Osten treue Wähler sind, wurde bereits erwähnt (Tab. 7). Ebenso sind die Jungwähleranteile (in Tab. 8: Nicht wb) und die Einwechsleranteile (in Tab. 8: NW(WN)) aus Tabelle 7 bekannt.

Betrachten wir nun die Parteiwechsler:

⁹ Sie beruhen auf der Rückerinnerungsfrage und sind daher nur im Sinne von Tendenzaussagen zu interpretieren.

Tabelle 8: Rück Erinnerung an das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994 von Zweitstimmenwählern der SPD bei der Bundestagswahl 1998 in West- und Ostdeutschland sowie in den neuen Ländern (%)								
	West	Ost	MV	Bdbg	Bln-O	SA	Sa	Thü
CDU	11	19	18	15	9	20	26	16
SPD	61	45	48	58	48	51	35	37
B90/G	5	3	3	2	7	2	3	2
PDS	0	5	7	3	10	5	6	4
REX	1	-	-	-	-	-	-	-
Nicht wb	5	6	8	7	6	4	7	6
NW(WN)	16	21	14	14	18	16	22	35

Wahltagsbefragung (forsa), Urnenwähler, N=19.113.

- Geringe Fallzahlen.
- CDU In Westdeutschland: CDU/CSU.
- REX DVU, NPD, REP.
- Nicht wb 1994 nicht wahlberechtigt.
- NW(WN) Nichtwähler oder keine Erinnerung.

Im Westen sind 11 Prozent der SPD-Wählerschaft von der CDU/CSU übergewechselt, 5 Prozent von den Bündnisgrünen und ein Prozent von den Rechtsextremen. Im Osten kommen sogar 19 Prozent von der CDU, 5 Prozent von der PDS und 3 Prozent von den Bündnisgrünen.

Dabei gestalten sich die Verhältnisse in den Ost-Ländern sehr unterschiedlich:

Zunächst sticht hervor, daß die SPD in Brandenburg 58 Prozent Wiederwähler aufweist, die sächsische Sozialdemokratie aber nur 35 Prozent. Die brandenburger Sozialdemokraten (dann aber auch die in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) verfügen mittlerweile über einen stabilen Wählerkern, während die SPD in Sachsen und Thüringen weithin von Wechselwählern lebt.

Überdurchschnittlich konnte die SPD in Sachsen und in Sachsen-Anhalt von CDU-Abwanderern profitieren. In Berlin-Ost kamen vergleichsweise viele Ex-B90/G- und

Ex-PDS-Wähler zur SPD, dafür relativ wenig ehemalige CDU-Anhänger. Etwas überdurchschnittlich sind frühere PDS-Wähler auch bei der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen vertreten.

Sozialstruktur¹⁰

Die Bilanz der SPD fiel am Wahlabend auch deshalb so gut aus, weil sie im Arbeitnehmerbereich zulegen konnte und damit gerade auch bisherige Schwächen im Osten überwand.

Tabelle 9: Wahlentscheidung der sozialen Gruppen bei der Bundestagswahl 1998 (% , nur Urnenwähler)					
	SPD	CDU/CSU	B90/G	FDP	PDS
Gesamt	40,9	35,2	6,7	6,2	5,1
<i>Berufsgruppe</i>					
Arbeiter	48	30	3	3	6
Angestellte	42	32	8	7	6
Beamte	36	40	11	6	3
Selbständige	22	44	10	15	4
Landwirte	15	69	2	9	3
<i>Gewerk.-Mitglied</i>					
ja	56	22	6	3	7
nein	38	37	7	7	5
<i>Arbeiter+Gewerk.</i>					
Gewerk.-Mitglied	61	19	3	2	6
kein Mitglied	43	33	3	4	6
<i>Angest.+Gewerk.</i>					
Gewerk.-Mitglied	52	21	10	3	8
kein Mitglied	39	34	8	8	6

Quelle: FGW 1998.

¹⁰ Für diesen Abschnitt wurde auch die Analyse der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) zur Bundestagswahl 1998 ausgewertet.

Die hohen Anteile unter den Arbeitern (48%) und unter den Angestellten (42%) bedeuten, daß die **SPD nun Mehrheitspartei bei den Arbeitnehmern** ist (das war sie 1994 nur bei den Arbeitern). Allerdings liegt die CDU/CSU mit 40 Prozent bei den Beamten 4 Prozentpunkte vor der SPD.

Während im Westen 53 Prozent (1994: 50%) der Arbeiter SPD wählten, taten das im Osten diesmal 39 Prozent (1994: 35%). Die CDU, 1994 noch von 41 Prozent dieser Gruppe präferiert, kam 1998 insgesamt auf 30 Prozent (31% im Westen, 27% im Osten). Grüne und FDP liegen mit jeweils 3 Prozent deutlich unter ihrem Gesamtergebnis - im Osten noch weit darunter.

Der Vorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD hatte 1990 in der Arbeiterschaft Ostdeutschlands noch 25 Prozentpunkte betragen, er verringerte sich 1994 auf knapp 6 Prozentpunkte und schlug 1998 in einen Vorsprung von 12 Prozentpunkten um. Die PDS wurde 1998 bundesweit von durchschnittlichen 6 Prozent der Arbeiter gewählt, im Osten waren es unterdurchschnittliche 17 Prozent der Arbeiter, die sich für die Postkommunisten entschieden. Der Abstand zur SPD machte 22 Prozentpunkte aus.

Bei den Angestellten hat die SPD jetzt in Ost und West die Nase vorn. Bundesweit erreichte sie 42 Prozent, die CDU liegt mit nur 32 Prozent unter ihrem Gesamtergebnis von 35 Prozent. Bei den Beamten, den Selbständigen und den Landwirten liegt die Union klar vor der SPD. Die Bündnisgrünen erreichten deutlich überdurchschnittliche Zustimmung bei den Beamten und den Selbständigen, die Liberalen vor allem bei den Selbständigen.

Auch im ostdeutschen Gewerkschaftsmilieu fand die SPD nach vergleichsweise schwachem Rückhalt 1994 - im Westen hatten 54 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, im Osten nur 36 Prozent für sie gestimmt - nun Auftrieb: 60 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder im Westen und immerhin 41 Prozent im Osten votierten 1998 für sie. In Ostdeutschland hatten 1994 noch 31 Prozent der Gewerkschafter für die CDU und weitere 24 Prozent für die PDS gestimmt. Die gewerkschaftlich organisier-

te Arbeiterschaft, die klassische Stammklientel der SPD, stand 1994 im Westen zu rund 60 Prozent, im Osten freilich nur zu knapp 38 Prozent hinter "ihrer" Partei. Das änderte sich 1998: Zwei Drittel der organisierten Arbeiter im Westen und 45 Prozent im Osten stimmten nun für die SPD. Die PDS konnte ihren Anteil in der Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft im Osten in etwa halten (17%).

Etwas anders verhielt es sich im gewerkschaftlichen Angestelltenbereich. Hier erreichte die SPD im Westen 58 Prozent (1994: 52%), im Osten steigert sie sich lediglich auf 38 Prozent (1994: 34%). Die Union fiel von den 1994 in Ost wie West jeweils erreichten etwa 27 Prozent im Osten auf 20 Prozent und im Westen auf 21 Prozent ab. Im Bereich der nicht organisierten Angestellten schneidet die SPD 1998 bundesweit wesentlich schlechter ab als bei den organisierten Angestellten.

Die PDS ist mit 25 Prozent im Osten weiterhin zweitstärkste Partei im gewerkschaftlichen Angestelltenbereich, obwohl sie dort 1994 29 Prozent hatte. Anders als bei den Arbeiter-Gewerkschaftern mußte sie hier Mobilisierungsverluste hinnehmen. Den Anteil von 25 Prozent erreicht sie auch unter den gewerkschaftlich nicht organisierten Angestellten (1994: 26%).

Die Union wurde also in Ostdeutschland als hauptsächliche Konkurrentin der SPD bei den für sie seit jeher bedeutsamen sozialstrukturellen Adressatengruppen, den Arbeitern und den Gewerkschaftern, teilweise entscheidend geschwächt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern im allgemeinen, mehr aber noch bei den Gewerkschaftern im Angestelltenbereich, hat es die SPD aber weiterhin mit der dort einflußreichen PDS zu tun, der, wenn auch schwächer als der SPD, die gewerkschaftliche Bindung von Angestellten und Arbeitern zugute kommt.

Alles in allem hat 1998 eine Angleichung im Wahlverhalten der verschiedenen Berufsgruppen zwischen West- und Ostdeutschland stattgefunden. Davon profitierte die SPD erheblich. Ihr Wahlerfolg ist auch darauf zurückzuführen, daß sie sich in Ostdeutschland ihre traditionellen Bezugsgruppen weitaus besser erschließen konnte als noch 1990. Es ist ihr nicht nur gelungen, die Mehrheit der Arbeiterschaft

Hier Tabelle 10 einkleben (Altersgruppen)
(Befindet sich am Ende der Datei: Querformat)

für sich zu gewinnen, sondern auch bei den Angestellten die CDU zu überflügeln. Damit ist die SPD nun in Ost- wie in Westdeutschland die Mehrheitspartei der Arbeitnehmer.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß eine West-Ost-Differenz von rund 20 Prozentpunkten im gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenbereich besteht, die auf einen erheblichen **Aufholbedarf** verweist. Dabei dürfte sie in erster Linie mit der PDS konkurrieren.

Aus Tabelle 10 kann das Wahlverhalten der Altersgruppen in Ostdeutschland entnommen werden. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß CDU, SPD und PDS grosso modo die älteren Generationen ansprechen, während die drei unteren Altersgruppen überdurchschnittlich zu den Bündnisgrünen, insbesondere aber zu den extrem rechten Parteien neigen.

Spitzenkandidaten

Um ihre sozialstrukturelle Benachteiligung auszugleichen, mußte sich die SPD - wie schon mehrfach erwähnt - in erheblichem Umfang zusätzliche Wählerschichten erschließen. Dies gelingt in der Regel durch einen Spitzenkandidaten, der weit über die Anhängerschaft seiner Partei hinaus Popularität genießt und dem allenthalben große Sachkompetenz zugewiesen wird. Diese Voraussetzungen erfüllte Gerhard Schröder besser als Helmut Kohl (und auch als Oskar Lafontaine).

Die Daten in Tabelle 11 stammen aus der ersten Jahreshälfte 1997, wo noch nicht über den Spitzenkandidaten der SPD entschieden worden war. Daher wurden die Befragten zunächst gebeten, ihre Präferenz in bezug auf Helmut Kohl und Oskar Lafontaine zu äußern. Danach wurden sie nach ihrer Kanzlerpräferenz gefragt, falls Gerhard Schröder gegen Helmut Kohl antreten sollte. Der Übersichtlichkeit halber sind die Befragungsergebnisse bezüglich der Alternative Kohl-Schröder grau un-

Tabelle 11: Kanzlerpräferenzen ausgewählter Bevölkerungsgruppen 1997 (%)					
Merkmale		Kohl vs. Lafontaine	Kohl vs. Schröder	Lafontaine vs. Kohl	Schröder vs. Kohl
<i>Geschlecht</i>					
	Männer	29	24	22	49
	Frauen	27	24	24	41
<i>Altersgruppen</i>					
	18-24	33	30	26	38
	25-34	23	21	28	45
	35-44	21	19	27	48
	45-54	25	21	22	50
	55-64	31	26	18	45
	65-74	37	31	15	40
	75-	41	35	13	34
<i>Berufs-/Erwerbs- status</i>					
	Arbeitslose	18	17	29	44
	Arbeiter	21	20	28	48
	Angestellte	23	20	24	49
	Beamte	27	23	23	51
	Selbständige	34	30	15	41
	Nichterwerbspersonen	33	28	21	41
<i>Einkommen¹⁾</i>					
	Niedrig	27	24	24	42
	Mittel	26	23	24	48
	Hoch	33	28	21	48
<i>Gewerkschafter</i>					
	Ja	19	16	30	56
	Nein	31	27	20	42
<i>Religion</i>					
	Evangelisch	28	24	23	47
	Katholisch	35	31	21	41
	Keine	18	17	25	48
<i>Regelm. Kirchgänger</i>					
	Evangelisch	39	34	17	38
	Katholisch	49	44	12	30

1) Niedrig: bis DM 2500. Datenquelle: forsa (N=79.145, Durchschnittswerte Jan.-Aug. 1997).
Mittel: DM 25001- DM 5500.
Hoch: über DM 5500.
(Haushaltseinkommen)

terlegt. Sie entstammen einer Untersuchung¹¹, deren Ergebnisse hier in Teilen wiedergegeben werden:

11 Vgl. dazu: Oskar Niedermayer/Richard Stöss, Kanzlerpräferenzen in der Bundesrepublik. Helmut Kohl im Vergleich zu Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder. Umfragen in der Bevölkerung und unter SPD-Mitgliedern. Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz am 27. November 1997, Berlin 1997.- Die Untersuchung wurde von der Deutschen Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft finanziert.

- Daß Schröder gegen Kohl antrat, entsprach eher den Bedürfnissen der Bevölkerung als die Kombination Kohl-Lafontaine. Bei der Alternative Kohl-Schröder äußerten zwischen Januar und August 1997 durchschnittlich knapp 70 Prozent der Befragten eine Präferenz, bei der Alternative Kohl-Lafontaine nur rund 50 Prozent. Das "Duell" zwischen dem amtierenden Bundeskanzler und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten dürfte mithin stärker zur Mobilisierung der Bevölkerung beigetragen und mehr Wähler an die Urnen gebracht haben.
- Beim Vergleich von Lafontaine und Schröder fiel das Ergebnis eindeutig zugunsten des niedersächsischen Ministerpräsidenten aus: Die Präferenzwerte von Schröder übertrafen die von Kohl im Durchschnitt um etwa 20 Prozentpunkte. Lafontaines Resultate waren dagegen im allgemeinen geringer als die von Kohl.
- In etwa drei Vierteln der Bundesländer erfuhr Kohl mehr Zuspruch als Lafontaine. Schröder hatte dagegen in allen Bundesländern die Nase vorn, selbst in Rheinland-Pfalz.

Wahlverhalten 1994	Kohl vs. Lafontaine	Kohl vs. Schröder	Lafontaine vs. Kohl	Schröder vs. Kohl
CDU/CSU	31,5	23,4	6,6	35,4
SPD	7,7	7,2	20,7	54,1
Nichtwähler	14,8	14,1	15,9	34,2
Nicht wahlberechtigt	31,8	29,1	15,0	24,5
Weiß nicht	17,4	15,5	11,3	26,7

Datenquelle: forsa (N=79.145, Durchschnittswerte Jan.-Aug. 1997).

- Bei den für die Untersuchung ausgewählten sozialen Gruppen stieß Lafontaine nicht selten auf mehr Resonanz als Kohl, aber Schröder schnitt fast überall bes-

ser ab als Kohl und auch als Lafontaine, selbst bei den Arbeitslosen, den Arbeitern und bei den Gewerkschaftern.

- Auch bei den hinsichtlich ihrer Parteipräferenz noch Unentschiedenen (zum damaligen Zeitpunkt etwa 25%) erfuhr der Kanzlerkandidat Schröder stets mehr Zustimmung als Lafontaine und Kohl. Von den ehemaligen SPD-Anhängern unter den Unentschiedenen wurde Schröder zweieinhalbmal so oft genannt, wie Lafontaine. Als Kanzlerkandidat mobilisierte Schröder auch deutlich mehr Wechsler von der Union. Bei den ehemaligen CDU/CSU-Anhängern unter den Unentschiedenen war er sogar beliebter als Kohl, während Lafontaine in dieser Gruppe keinen "Stich" machte (Tab. 12).

Fazit: Schröder war mit Blick auf die Mobilisierung der SPD-Anhänger und die Gewinnung von Wechselwählern der ideale Kandidat der SPD. Daran ändert auch nichts, daß sich seine Popularität im Laufe des Jahres 1998, vor allem in der "heißen Wahlkampfphase", etwas abschwächte. Die Umfrageergebnisse rechtfertigen darüber hinaus die Vermutung, daß durch das einvernehmliche Auftreten von Lafontaine (dessen Zustimmungswerte sich 1998 verbesserten) und Schröder auch Wählerpotential gewonnen bzw. gehalten werden konnte, das dem SPD-Vorsitzenden politisch näher stand als dem Kanzlerkandidaten.

8) Das Ergebnis der PDS

Die PDS begann ihre Wahlkarriere im Jahr 1990 als Repräsentantin der entmachteten politischen Klasse der staatssozialistischen DDR. Bei der Volkskammerwahl im März 1990 zeigte sich, daß sie auch unter demokratischen Rahmenbedingungen über erhebliche Wahlchancen verfügte. Mit 16,4 Prozent der Stimmen wurde sie drittstärkste Partei in der DDR. Bei den Kommunalwahlen im Mai des Jahres sank sie allerdings auf 14,0 Prozent ab, bei den Landtagswahlen im Oktober waren es nur noch 11,6 Prozent und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 gar noch 11,1 Prozent (im Wahlgebiet Ost), die allerdings für den Einzug in den Bundestag ausreichten.

Ab Januar 1992 ging es dann wieder - teilweise rasant - bergauf. Zu Beginn des Wahljahres 1994 lag die PDS in Ostdeutschland bei 18 Prozent, ein Höchstwert, den sie nur noch einmal, im Juni 1994 (Europawahl, Kommunalwahlen in Ostdeutschland) erreichte. Bei der zweiten gesamtdeutschen Bundestagswahl brachte sie es im Osten auf beträchtliche 19,8 Prozent der Zweitstimmen. Trotz aller pessimistischen Prognosen war es der PDS gelungen, sich im ostdeutschen Elektorat nach der dramatischen Talfahrt wieder als drittstärkste Partei zu etablieren. Den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag erreichte sie freilich nicht durch die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde, sondern durch die Eroberung von vier Direktmandaten.

Die "Milieu-These"

Bis zur Bundestagswahl 1998 ließ sich die Anhängerschaft der PDS etwa wie folgt beschreiben:

Sie stellt ein - seit 1993 rund zwei Millionen Personen umfassendes - System aus dominantem Kern und angelagerten Randgruppen dar. Den Kern bildet ein - weithin auch sozialräumlich eingrenzbares - **Milieu**: die politische Klasse der ehemaligen

DDR, ihre wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Trägerschichten also. Dieses Milieu ist durch eine **gemeinsame Mentalität** gekennzeichnet: Seine Mitglieder haben den Zusammenbruch der DDR noch nicht überwunden, sie trauern ihr nach, ohne daß sie das alte Regime wieder aufleben lassen wollen. Das wirtschaftliche und politische System der Bundesrepublik betrachten sie skeptisch und mit Argwohn. Sie empfinden die staatliche Vereinigung weithin als "Anschluß" der DDR an die Bundesrepublik und nehmen den Prozeß der inneren Einheit in weiten Teilen als "Kolonisierung" wahr. Sie fühlen sich im neuen Deutschland benachteiligt, leiden unter ihrem Prestigeverlust und beklagen, daß ihre Leistungen und damit die (vermeintlichen oder tatsächlichen) "Errungenschaften" der DDR im Westen nicht gewürdigt werden. Die vorherrschenden westlichen Werte (Individualismus, Freiheit, Wettbewerb etc.) sind ihnen eher fremd, ihre Mentalität ist vorrangig durch Solidarität, Kollektivismus, Autorität und Gerechtigkeit geprägt.

Um diesen Milieu-Kern, der rund zwei Dritteln der PDS-Anhängerschaft ausmacht, verteilen sich Wählergruppen, die zwar nicht zur politischen Klasse der DDR zählen und sich auch nicht vollkommen mit der PDS identifizieren, aber ähnlich denken und fühlen und sich - oft auch nur aus Protest - einen typisch ostdeutschen Stachel im Fleisch des westlichen Systems wünschen. Ohne den PDS-Kern hätten diese Satellitengruppen keinen gemeinsamen Ort zum Andocken und würden im Elektorat frei flottieren.

Die Westausdehnung der PDS ist zum Scheitern verurteilt, weil ihr Milieu nur im Osten existiert. Die altlinken PDS-Sympathisanten in Westdeutschland teilen auch nicht die Mentalität ihrer Brüder und Schwestern im Osten. Ihre Wahlmotive dürften vor allem Mitleid mit den Beleidigten und Unterdrückten in Ostdeutschland und die (trügerische) Hoffnung sein, daß die Quelle für den lang ersehnten Sozialismus im Osten sprudelt.

Tatsächlich ist die PDS aber eine Milieu- und damit eine Regionalpartei. Sie existiert im Parteiensystem als Produkt des Ost-West-Gegensatzes, nicht aber des Links-Rechts-Gegensatzes (der seine Prägekraft für den Parteienwettbewerb ohnehin

eingebüßt hat). Die Selbstdarstellung der PDS als linke Alternative beruht mithin auf einer Fehldeutung ihrer Existenzgrundlagen. Auch das Argument, die PDS sei eine linke, sozialistische Partei, weil ihr Milieu sozialistisch sei, trägt nicht. Denn die politische Klasse der DDR war in erster Linie nicht links, sondern autoritär, etatistisch-konservativ, nationalistisch, kollektivistisch, immobil und reformunfähig.

Bis zur Bundestagswahl 1998 ließ sich die PDS mit Blick auf ihre Wähler also als ostdeutsche Milieupartei mit einem überwiegend festen Anhängerstamm beschreiben. Daß sie ihren Beritt bei Wahlen in nennenswertem Umfang ausdehnen könnte, haben wir bis zur Bundestagswahl 1998 als wenig wahrscheinlich angesehen. Das Wahlergebnis der PDS - sie konnte ihr Potential auf rund 2,5 Millionen Wähler ausdehnen - scheint die These von der stabilen Milieupartei allerdings zu widerlegen. Auf den ersten Blick kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Partei erheblich über ihr Milieu hinausgewachsen ist.

Stellt die PDS entgegen der Ausgangsthese doch die linke Alternative im Parteienwettbewerb dar? War sie es schon immer, oder ist sie es erst seit der Bundestagswahl 1998? Hat die Partei zielstrebig darauf hingearbeitet?

Wahlkampfstrategie

Die für die Bundestagswahl 1998 konzipierte Wahlkampfstrategie der PDS ging von der Befürchtung aus, daß die Bindung an ein bestimmtes Milieu, das auf Dauer keinen Bestand haben, sondern eher abschmelzen würde, den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag gefährden könnte. Da die PDS sich nicht erneut darauf verlassen wollte, allein über den Gewinn von Direktmandaten in den Bundestag zurückzukehren, wurde als Wahlziel gefordert, daß mindestens das Niveau im Osten, also 20 Prozent gehalten, und im Westen ein Zweitstimmenanteil von 1,5 Prozent, d.h. ein realer Zugewinn, erreicht wird. Das Profil, mit dem sie in den Wahlkampf ziehen wollte, sollte das einer gesamtdeutschen linken sozialistischen Partei sein.

Die Forderungen lauteten daher:

- Die PDS müsse sowohl ihre Reserven als auch neue Ressourcen erschließen, vor allem im Bereich der Wechsel- und der Nichtwähler im Osten und im Westen. Als wichtigstes Reservoir galt ein Potential von "linken Veränderern" und "linken Reformern" im Wechsel- wie im Nichtwählerbereich, in dem allerdings Unkenntnis über die PDS und Vorbehalte gegen sie existierten.
- Da in diesem Bereich auch Potentiale für die SPD und für die Bündnisgrünen vorhanden seien, müsse die PDS ihre Wahlkampfstrategie auf SPD und Bündnisgrüne ausrichten.

Die Wahlstrategie ging von folgenden Erwartungen aus:

- a) Die PDS kann auf Wähler hoffen, die einerseits besonders sensibel hinsichtlich der Wahrnehmung sozialer und anderer Konfliktlagen sind und andererseits über relativ stabile Wertorientierungen verfügen. Das Potential sei aber inhomogen und sehr widersprüchlich, so daß ein gemeinsamer Nenner gefunden werden müsse.
- b) Bei ostdeutschen Wählern der PDS würde der Wert soziale Gerechtigkeit und andere soziale Werte dominieren.
- c) In Ostdeutschland wird der Ost-West-Konflikt stark wahrgenommen. Deshalb müsse die ostdeutsche Kompetenz der PDS besonders herausgestellt werden.

Drei Gruppen sollten von der PDS vor allem angesprochen werden:

- "ausgesprochen links, sozialistisch orientierte Wählerinnen und Wähler,
- Wählerinnen und Wähler mit einem starken positiven DDR-Bezug,
- das in Ostdeutschland für die PDS relativ starke und in Westdeutschland offensichtlich auf niedrigem Niveau entstehende Protestwählerpotential."¹²

12 André Brie, Vorstellungen zum Wahlkampf 1998/99, in: Disput, 4/97, S. 37.

Damit setzte die PDS darauf, einerseits ihr Milieu und andererseits besonders Nichtwähler aus einem "linken Umfeld" zu mobilisieren, was - nach Aussage des Wahlbüroleiters André Brie - angesichts des Images der PDS, der Unkenntnis über sie und der mangelnden Kommunikationsfähigkeit der Partei ein Problem sei. Daher sollte die PDS mit folgenden Botschaften in den Wahlkampf ziehen:

- Die PDS ist keine Mehrheitsbeschafferin für SPD und Grüne, sondern tritt für eine andere Politik ein.
- Die PDS wird die konsequente Opposition gegen die Politik des Sozialabbaus sein.
- Die PDS ist die sozialistische Partei der Bundesrepublik und das ist der gemeinsame Nenner für das heterogene Potential in Ost und West.
- Die PDS wird als linke sozialistische Partei "(nicht als Regional- und Milieupartei) ... ostdeutsche Kompetenz und ostdeutsches Engagement gegen die soziale und kulturelle Spaltung, die von der Politik der Bundesregierung ausgeht"¹³, entwickeln.

Die PDS sollte sich also als linke Alternative zur SPD und zu den Bündnisgrünen darstellen. Dies war schon bei der Bundestagswahl 1994 und in den nachfolgenden Landeswahlen in Bremen und Berlin versucht worden und sollte nun erneut, aber auf einer anderen Basis erfolgen. Die PDS wollte nicht mit einem bestimmten Image, sondern mit speziellen Kompetenzen werben. Diese wurden im Wahlprogramm zur Bundestagswahl herausgestellt. In vier Kapiteln des Programms:

- "Arbeit und soziale Gerechtigkeit",
- "Selbstbestimmt leben - mehr Demokratie verwirklichen",
- "Kultur mit Zukunft, Zukunft mit Kultur" und
- "Für eine zukunftsfähige und zivile Gestaltung der internationalen Beziehungen"

wurden unter anderem folgende Ziele formuliert:

¹³ Ebenda, S. 38.

- die demokratische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft,
- eine neue Art der Vollbeschäftigung
- soziale Gerechtigkeit, Erhalt und Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme und eine soziale Grundsicherung,
- neue, zeitgemäße Bildung, moderne und offene Hochschulen, Verfassungsrecht auf Ausbildung,
- Beginn der ökologischen Wende und die
- "reale Gleichstellung von Mann und Frau"¹⁴

Die Chance der PDS auf Westausdehnung wurde darin gesehen, daß die PDS diese Ziele als gesamtdeutsche vertreten wollte. Es wurde zudem betont, daß diese und andere Ziele auch gewerkschaftlichen Forderungen entsprechen würden. Mit der Vorlage des "Rostocker Manifests" im April 1998 entstand in der Öffentlichkeit der berechnete Eindruck, daß die PDS sich für einen ostzentrierten Wahlkampf entschieden hatte, weil hier größere Mobilisierungschancen gesehen wurden als im Westen, wo der Wahlkampf sehr stark auf die Person von Gregor Gysi und weniger auf das politische Programm zugeschnitten war. Dieses wurde auf Wahlkampfveranstaltungen oft auf den Punkt reduziert, daß die PDS die "Partei der sozialen Gerechtigkeit" sei.

Durch ein gutes Ergebnis sollte die Absicht realisiert werden, für die PDS links von der SPD, aber deutlich unterscheidbar von der DKP oder anderen linken Parteien, einen Platz im westdeutschen Spektrum zu besetzen. Bislang hatte man das auch PDS-intern skeptisch beurteilt. Die für den Westaufbau verantwortliche Vorstandsfrau resümierte noch im November 1996, daß der westdeutsche Linke, der seine Hoffnungen in SPD und Bündnisgrüne verloren habe, sich in die Resignation zurückziehen, aber nicht zur PDS kommen würde. Deren Chance auf Entfaltung im Westen fehle mangels einer entwickelten außerparlamentarischen Basis, mit der die PDS kooperieren könne. Die PDS könne auch deshalb keinen "Beitrag für ein

14 Zit. nach: Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, Beilage zu Disput 4/98, S. 3.

gesamtdeutsches sozial-ökologisches Reformprojekt"¹⁵ leisten, weil dafür die Voraussetzungen, die organisatorische und die personelle Verankerung, fehlten.

Als Gerhard Schröder Anfang 1997 erklärte, daß er nach einem Wahlsieg nicht mit den Stimmen der PDS zum Kanzler gewählt werden will, trug ihm das heftige Kritik von der PDS-Spitze ein. War die PDS bislang im Sinne ihrer Akzeptanzpolitik bemüht gewesen, eher Gemeinsamkeiten mit der SPD als die Differenzen zwischen ihr und den Bündnisgrünen zu betonen, definierte sie sich nun stärker als deren Konkurrentin; das wurde auch durch parteiinterne Kontroversen um die Frage möglicher Koalitionsbeteiligung in ostdeutschen Länderregierungen befördert. Dennoch grenzte sich die PDS nicht so deutlich gegen beide Parteien ab, wie es ihrer Spezifik als linke Partei mit Alternativen in einzelnen Politikfeldern entsprochen hätte, sondern sie definierte ihre inhaltlichen Positionen primär mit Blick auf die SPD.

Die PDS versteht sich dabei als "Drückerin von links". Der Druck soll aber nicht durch Verdrängung Platz für die PDS schaffen. SPD und Bündnisgrüne sollen vielmehr auf linke Positionen zurück gedrückt werden. Originalton André Brie: "Die SPD wird nur eine Politikalternative werden, wenn sie unter Druck von links steht".¹⁶ In dieser Auffassung war er durch eine Studie über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen PDS einerseits sowie SPD und Bündnisgrünen andererseits, das sogenannte "Schnittstellenpapier", bestätigt worden. Darin wurde festgestellt, daß die SPD oppositionelle Positionen schon weitgehend verlassen und die realpolitische Mehrheit der Fraktion der Grünen teilweise "dramatische Politikwechsel" vollzogen hätten. Deshalb stehe die PDS auf vielen Politikfeldern "allein für einen Politikwechsel".¹⁷ Die SPD würde, auch wenn es Übereinstimmungen mit der PDS geben sollte, "immer stärker in Richtung der Union gehen"¹⁸; daher müsse die PDS die SPD nach links zurückholen. Die durchaus mögliche andere Schlußfolgerung, daß die PDS dann in diesen frei werdenden Raum hineinstoßen könnte, wurde allerdings nicht erwogen.

15 Claudia Gohde/Udo Wolf, Volkspartei im Osten - Exot im Westen, in: Disput 11/96, S. 28.

16 Interview mit André Brie, in: Disput 5/97, S. 16.

17 Schnittstellenpapier, Gesamtkommentar, Bundestagsgruppe der PDS, Manuskript, Bonn, Mai 1997, S. 1

18 Interview mit Wolfgang Gehrcke, in: Disput 5/97, S. 4.

So endete selbst die heftigste Kritik an der SPD von dem PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky auf ihrem Parteitag in Rostock Anfang 1998 mit dem Versprechen, nicht gegen, sondern auf die SPD Druck auszuüben und "... unter heutigen Bedingungen ... die Bildung einer von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragenen Regierung zu unterstützen".¹⁹

Grundlage der Wahlstrategie war somit die Selbstverortung der PDS als linker sozialistischer Partei mit gesamtdeutschem Anspruch, die "von links" Druck auf SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausübt. Mit der Selbstverortung der SPD als "neue Mitte" unternahm die PDS den Versuch, in Fragen wie der sozialen Gerechtigkeit, des Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit, der Umverteilung, der Ökologiepolitik usw. spezifische linke Positionen zu beziehen.

Für den Wahlkampf wurden wenige Botschaften formuliert:

- a) Die PDS ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit.
- b) Die PDS hat Konzepte zur Schaffung von Arbeitsplätzen.
- c) Die PDS vertritt konsequent ostdeutsche Interessen.
- d) Die PDS macht Druck von links und vertritt dabei auch "Kernforderungen der Gewerkschaften."²⁰

Zudem müßten folgende Probleme gelöst werden:

- Die PDS müsse an einem alternativen Gesamt-Reformkonzept weiter arbeiten, weil sie sonst nicht gegen die SPD ankommen könne.
- Die PDS müsse zur Formulierung von PDS-Positionen den Dialog mit Linken in der SPD und bei den Bündnisgrünen aufnehmen.
- Die PDS müsse mit der SPD eine Politik des Dialogs und der inhaltlichen Auseinandersetzung führen.

¹⁹ Lothar Bisky, Für eine gerechte Verteilung von Reichtum und Arbeit, Rede auf dem Parteitag der PDS in Rostock 1998, in: Disput 4/98, S. 13.

²⁰ Ebenda, S. 12.

- Die SPD müsse dazu gebracht werden, die Politik der Ablehnung der PDS zu beenden.

Im Bundestag werde die PDS die "klare linke Opposition" zur Regierung sein und Druck ausüben; in den ostdeutschen Ländern werde sie in bezug auf die SPD - und anstelle der Bündnisgrünen - die "Reformkraft" sein.

Die PDS also, wenigstens im Osten Deutschlands, die bessere, weil sozialistischere SPD? Und im Bund der virtuelle Koalitionspartner, der mit linken SPD-Positionen aus dem Bundestag heraus die SPD mit ihren eigenen Konzepten vorführt, zumindest so lange, bis sie ein eigenes alternatives Reformkonzept hat?

Faßt man die Ziele und Konzepte der PDS zusammen, dann wird folgendes deutlich:

- Die PDS definiert sich als Alternative zur SPD und bietet sich für Wähler an, die links wählen wollen, aber skeptisch bezüglich der SPD sind. Dabei setzt sie voraus, dass ein Potential von Wechsel- oder Nichtwählern mit der entsprechenden Bereitschaft zum Wechsel zur - bei diesen Gruppen nicht stigmatisierten - PDS vorhanden ist. Das Potential sei gegenwärtig mehr im Osten als im Westen zu finden.
- Das inhaltliche Angebot der PDS, von dem sie behauptet, daß es sozialdemokratischer als daß der SPD oder ökologischer als der Bündnisgrünen sei, basiert auf dem Grundwert der sozialen Gerechtigkeit und verkörpert den Anspruch auf eine alternative Politik zu neoliberalen Positionen.
- In der Wahlkampfstrategie stellt sich die PDS als einzige konsequente Ostinteressenvertretungspartei heraus und als Präferenzpartei für Wähler, die den westgebundenen Parteien diese Position nicht zutrauten.
- Die Strategie bezüglich der Mobilisierung ihres tradierten Potentials stützt sich auf die radikale Vertretung der Idee der sozialen Gerechtigkeit. Damit bedient sie eine Haltung, die im Osten Deutschlands ohnehin stark entwickelt und im

Westen Deutschlands zunehmend stärker geworden ist. Die Mobilisierung ihres kritischen Potentials stützt sich in erster Linie auf die Unterstellung eines neoliberalen Kurses durch eine SPD-geführte Regierung, wodurch "linke" und "sozial gerechte" politische Ziele gefährdet wären.

- Mit der Vertretung von Ostinteressen und mit der Unterstützung für einen Politikwechsel erwartet die PDS, sowohl den Erwartungen und Mentalitäten eines bestimmten Milieus im Osten weiterhin zu entsprechen, kritische Wiederwähler zu halten und im Westen Wechselwähler aus dem linken Bereich sowie bisherige Nichtwähler zu gewinnen.

Ausdehnung der Wählerschaft

Bei der Bundestagswahl am 27. September erhält die PDS 5,1 Prozent der Zweitstimmen. Damit überwindet sie zum ersten Mal die Fünf-Prozent-Hürde und zieht - unabhängig von den in Berlin erneut errungenen vier Direktmandaten - mit 35 Mitgliedern als Fraktion in den Deutschen Bundestag ein. Sie steigert sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands ihren Stimmenanteil und gewinnt insgesamt rund 450.000 Stimmen hinzu.

Im Westen erreicht sie mit 1,2 Prozent 460.889 Stimmen, nur rund 92.000 mehr als 1994 (+0,2 PP). Auch der Zweitstimmenanteil von 21,6 Prozent (2.052.809) im Osten liegt etwas unter den ursprünglichen Hoffnungen der PDS-Wahlkampfleitung auf einen mindestens 22-prozentigen Anteil. Im Osten wirkt sich die hohe Wahlbeteiligung dämpfend auf den erwarteten Anstieg aus, der sich mit einem Gewinn von rund 355.000 Stimmen doch als ein runder Erfolg ausweist. Der Zugewinn von bundesweit etwa 450.000 Stimmen bedeutet eine Ausweitung der Wählerzahl um rund 23 Prozent gegenüber 1994.

Tabelle 13: Das Wahlergebnis der PDS bei der Bundestagswahl 1998 nach Ländern				
Bundesland	1998		1994	
	absolut	%	absolut	%
Baden-Württemberg	58 027	1,0	42 994	0,8
Bayern	46 344	0,7	36 575	0,6
Berlin	263 318	13,5	289 517	14,9
West	32 456	2,7	31 357	2,6
Ost	230 862	30,0	258 160	34,7
Brandenburg	311 641	20,3	264 239	19,3
Bremen	9 765	2,4	10 744	2,7
Hamburg	22 525	2,3	21 996	2,2
Hessen	52 204	1,5	37 268	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	257 228	23,6	231 835	23,6
Niedersachsen	50 479	1,0	46 731	1,0
Nordrhein-Westfalen	131 486	1,2	102 356	1,0
Rheinland-Pfalz	25 116	1,0	15 135	0,6
Saarland	7 009	1,0	4 807	0,7
Sachsen	577 470	20,0	427 694	16,7
Sachsen-Anhalt	337 412	20,7	270 212	18,0
Schleswig-Holstein	25 478	1,5	18 989	1,2
Thüringen	338 196	21,2	245 084	17,1
BRD insgesamt	2 513 788	5,1	2 066 176	4,4
Wahlgebiet West	460 889	1,2	368 952	1,0
Wahlgebiet Ost	2 052 809	21,6	1 697 224	19,8

Vorläufiges amtliches Endergebnis.

Die PDS gewinnt durchgängig in allen Bundesländern, mit den Ausnahmen Berlin (dort verliert sie) und Mecklenburg-Vorpommern (dort stagniert sie). Nach wie vor bildet die PDS im Osten die drittstärkste politische Kraft, in Ost-Berlin verliert sie ihre Position als stärkste Partei allerdings an die SPD. In einigen Wahlkreisen verdrängt sie die CDU auf Platz drei.

Und nach wie vor besteht für die PDS im Osten Deutschlands ein **Nord-Süd-Gefälle**: Sachsen 20,0 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 23,6 Prozent.

Im Osten erleidet die PDS in ihren Hochburgen Verluste, verbessert sich aber in den Hochburgen von CDU und FDP und baut gleichzeitig ihre Position auf dem Lande aus (in einigen Fällen wohl auch als Folge der "Stadtflucht" von PDS-Anhängern). In sozialräumlicher Hinsicht findet mithin eine "Homogenisierung" (FGW) ihrer Wählerschaft statt. Wie 1994 sind die ehemaligen Verwaltungszentren der DDR und Ost-Berlin aber immer noch sichere Bastionen für die PDS. In den westdeutschen Großstädten, einschließlich im Westen Berlins, kann sie nur geringfügig hinzugewinnen; das gilt auch für die meisten westdeutschen Universitätsstädte.

Sozialstruktur²¹

Das sozialstrukturelle Profil der PDS-Wähler hat sich gegenüber früheren Bundeswahlen nicht grundsätzlich verändert. 1994 hatte die PDS im Osten mit 35 Prozent ihren stärksten Rückhalt bei den Beamten, wo sie sich als Mehrheitspartei erwies (CDU 30%, SPD 24%). Überdurchschnittlich wurde sie auch von den, insbesondere gewerkschaftlich organisierten, Angestellten gewählt, weiterhin von den Arbeitslosen und den Auszubildenden. Die Arbeiter tendierten nach wie vor nur zögerlich zur Wahl der PDS (Tab. 14).

1998 bewahrt sich die PDS in den neuen Bundesländern die schon 1994 faktisch in allen Gruppen gefundene Unterstützung - bis auf eine gravierende Ausnahme - und baut sie oft leicht aus. Lediglich im Bereich der gewerkschaftlich organisierten Angestellten erleidet sie einen spürbaren Verlust von mehr als 4 Prozentpunkten. Bei den Beamten stürzt sie erdrutschartig um 20 Prozentpunkte von 35 auf 15 Prozent ab. Insgesamt findet eine Nivellierung unter sozialstrukturellen wie auch unter demographischen Gesichtspunkten statt.

21 Für diesen Abschnitt wurden auch die Analysen der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) zu den Bundestagswahlen 1994 und 1998 ausgewertet.

Tabelle 14: Wahlentscheidung in den sozialen Gruppen für die PDS 1994 und 1998 in der Bundesrepublik insgesamt und in Ostdeutschland (%)				
	1994		1998	
	BRD	Ost	BRD	Ost
<i>Gesamt</i>	4,4	19,8	5,1	21,4
<i>Berufsgruppen</i>				
Arbeiter	5	15	6	17
Angestellte	6	26	6	25
Beamte	3	35	3	15
Selbständige	3	17	4	17
Landwirte	3	10	3	8
<i>Gewerk.-Mitglied</i>				
ja	6	24	7	22
nein	4	20	5	*
<i>Arbeiter+Gewerk.</i>				
Gewerk.-Mitglied	5	17	6	17
kein Mitglied	5	14	6	*
<i>Angest. + Gewerk.</i>				
Gewerk.-Mitglied	10	29	8	25
kein Mitglied	5	26	6	25

Quelle: FGW 1994 und 1998.

* Keine Angabe vorhanden.

Trotz der zunehmenden Homogenisierung der Wählerschaft der PDS bildet die Tatsache, daß sie ihre besten Ergebnisse auf Wahlkreisebene in Ost-Berlin und zumeist in ehemaligen Bezirkshauptstädten der DDR erzielt, einen unübersehbaren Hinweis auf die Verwurzelung der PDS im Milieu der ehemaligen Dienstleistungsklasse der DDR. Ein zweites Indiz, jedoch schwächer und eher geeignet, eine Art unverwechselbares Kennzeichen abzugeben, ist die Tatsache, daß die PDS fast ausschließlich von Konfessionslosen gewählt wird. In dieser Gruppe erreicht sie 26 Prozent. Daß in dieser Gruppe nach ihr die CDU den zweiten Rang einnimmt, zeigt die Auswirkungen der stärkeren Säkularisierung der ostdeutschen Gesellschaft mehr als vielleicht die geringere Bindungswirkung des "C" im Namen der CDU.

Auch hier ist insgesamt ein Prozeß der Normalisierung eingetreten, durch den sich die Verankerung der PDS in der ostdeutschen Gesellschaft verfestigt. Dieser Prozeß ist auch durch atmosphärische Veränderungen befördert worden. An dieser Stelle sei deshalb daran erinnert, daß der Aufstieg der PDS 1992/93 noch durch zwei weitere Faktoren bedingt war, die nach wie vor Gültigkeit haben: das gewachsene Selbstbewußtsein der Ostdeutschen und - teilweise damit zusammenhängend - der interne Wandel der PDS. Sie hat sich im Vergleich zur SED binnenstrukturell und programmatisch modernisiert, ohne den ideologischen Traditionsbestand insgesamt über Bord zu werfen. Ihr kommt zugute, daß immer weniger Menschen im Osten die SED-Nachfolge thematisieren. Die Mißachtung dieser Entwicklung durch die Wahlkampfführung der Union hat sich eher als kontraproduktiv erwiesen.

Insgesamt kann die PDS 1998 eine durchaus positive Bilanz ihrer Wahlergebnisse ziehen. Sie muß aber auch zur Kenntnis nehmen, daß die Westausdehnung nicht gelungen, daß sie nach wie vor eine Ostpartei ist.

"Milieu-These" oder "Vakuum-These"?

Welche Bedeutung hat das Wahlergebnis für die Zukunft der PDS?

Nach einem TAZ-Zitat vermutet Christian Fenner, daß der linke Teil der SPD aus Unzufriedenheit mit dem Mittelkurs der Parteiführung zur PDS abgewandert sei. Fenner könnte sich dabei auf die Wählerstromanalysen von Emnid und Infratest dimap berufen, die der PDS einen Wanderungsgewinn von der SPD von über 300.000 Stimmen bescheinigen. Das bedeutete, daß 67 Prozent des gesamten Stimmenzuwachses der PDS bei der Bundestagswahl 1998 aus SPD-Abwanderern besteht. Dabei könnte es sich um eine für die PDS qualitativ und quantitativ neuartige Entwicklung handeln, die auch deshalb bemerkenswert ist bzw. wäre, weil die SPD bezüglich der übrigen Parteien (mit Ausnahme der sonstigen) durchweg positive Salden mit einem Gesamtgewinn von - laut Wählerstromanalysen - 2,6 Millionen Wählern (tatsächlich sogar 3 Mio) verzeichnete.

Deutet sich damit eine neue Entwicklung im Parteiensystem an? Hinterlassen der neue Kurs von Gerhard Schröder und der Pragmatismus der Bündnisgrünen ein Vakuum am linken Rand des Parteiensystems, in dem sich auf längere Sicht eine sozialistische Partei etablieren kann? Und da ein Fünftel des PDS-Zuwachses bei der Bundestagswahl in den westdeutschen Ländern erzielt wurde, stellt sich überdies die Frage, ob damit - wie die PDS-Führer schon am Wahlabend frohlockten - die Westausdehnung der Partei einen Schub erhalten hat. Wächst im Osten eine linke, sozialistische Partei heran, die sich anschickt, auf den Westen überzugreifen? Hat sich die PDS-Strategie ausbezahlt?

Die Brisanz der Frage "Milieu-These" oder "Vakuum-These" besteht darin, daß erstere für die Zukunft der PDS Stagnation und dann Niedergang prognostiziert, während letztere eine längerfristige Perspektive für die PDS eröffnet.

Für die "Vakuum-These" könnte folgendes sprechen:

- Die PDS verliert in ihren Hochburgen von 1994 und gewinnt dort, wo sie 1994 vergleichsweise schwache Resultate hinnehmen mußte, vor allem in ländlichen Gebieten (Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt).
- Infolge dessen findet eine - wie die FGW es nennt - Homogenisierung der PDS-Wählerschaft statt, und zwar in räumlicher und sozialstruktureller Hinsicht. Volksparteiliche Tendenzen sind unübersehbar.
- Der Anteil der treuen Wähler an der Anhängerschaft der PDS sinkt in der Bundesrepublik infolge ihrer Expansion von 64 Prozent 1994 auf 52 Prozent 1998. Die Bedeutung des PDS-Milieus hat sich im Gesamtsystem der PDS-Wählerschaft offenbar stark vermindert.

Für die "Milieu-These" könnte folgendes sprechen:

- Das Ergebnis der Wählerwanderungsanalysen erweckt den Eindruck, als habe die SPD erstmalig massenhaft Wähler an die PDS verloren. Tatsächlich betrug

der Anteil von SPD-Dissidenten an den PDS-Wählern 1994 bundesweit 10,8 Prozent, 1998 sind es 12,7 Prozent (+1,9 PP). Zum Vergleich die Entwicklung der CDU-Überläufer: 1994 betrug der Anteil von CDU-Dissidenten an den PDS-Wählern 6,3 Prozent, 1998 sind es 8,0 Prozent (+1,7 PP). Als Faustregel gilt für Wahlen seit 1994, daß etwa 60 Prozent der Wechselwähler der PDS von der SPD und rund 30 Prozent von der CDU stammen. 1998 hat mithin kein qualitativer Sprung stattgefunden, der als Beleg dafür herhalten könnte, daß die PDS nun in größerem Umfang linkes Wählerpotential infolge der "mittigen" SPD-Politik unter Gerhard Schröder oder dem pragmatischen Kurs der Bündnisgrünen einheimst. Die vergleichsweise hohen Prozentwerte für die West-PDS in Tabelle 15 unterstützen die These ebenfalls nicht, weil die Prozentuierungsbasis winzig ist.

Tabelle 15: Rück Erinnerung an das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994 von Zweitstimmenwählern der PDS bei der Bundestagswahl 1998 in West- und Ostdeutschland sowie in den neuen Ländern (%)								
	West	Ost	MV	Bdbg	Bln-O	SA	Sa	Thü
CDU	4,9	8,8	8,8	6,1	-	5,6	11,0	12,4
SPD	19,2	11,3	12,5	21,4	5,5	7,7	8,4	14,2
B90/G	15,9	2,1	-	-	-	3,5	-	2,4
PDS	15,9	52,1	57,5	52,0	64,4	58,0	51,5	40,2
REX	5,4	-	-	-	-	-	-	-
Nicht wb	8,8	7,1	10,0	6,1	9,6	4,2	6,8	8,3
NW(WN)	27,5	16,9	8,8	11,2	13,7	17,5	19,8	20,7

Wahltagsbefragung (forsa), Urnenwähler, N=19.113.

- Geringe Fallzahlen.
- CDU In Westdeutschland: CDU/CSU.
- REX DVU, NPD, REP.
- Nicht wb 1994 nicht wahlberechtigt.
- NW(WN) Nichtwähler oder keine Erinnerung.

- Allerdings verliert die SPD mehr Wähler als früher an die PDS. Tabelle 15 verdeutlicht zudem, daß die Größenordnungen in den neuen Ländern stark variieren. In Brandenburg kommt ein Fünftel der PDS-Wähler von der SPD (in Berlin-Ost nur 6%). Je nach regionalen politischen Spezifika kann die PDS offenbar erhebliche Attraktivität auf SPD-Anhänger ausüben.
- Ein signifikanter statistischer Zusammenhang zwischen den Gewinnen/Verlusten 1994-98 von SPD und PDS besteht in Ostdeutschland auf Wahlkreisebene nicht. Eine generelle, systematische Tendenz, daß die PDS von der SPD gewinnt, ist nicht nachweisbar.
- Die PDS erreicht ihre besten Wahlergebnisse nach wie vor in Ost-Berlin und in den Bezirkshauptstädten der ehemaligen DDR, also in ihrem Milieu.
- Gelegentlich wird zur Unterstützung der "Vakuum-These" auch das **Stimmensplitting** zugunsten der PDS herangezogen. Dazu ist folgendes zu bemerken: Bundesweit hat die PDS mehr Zweitstimmen (5,1%) als Erststimmen (4,9%) erhalten. In Berlin trifft dies allerdings nicht zu. Hier erzielt sie 16,7 Prozent Erst- und 13,5 Prozent Zweitstimmen. Der Überschuß beträgt 62.543 Erststimmen. Für Ost-Berlin, wo die PDS wiederum vier Direktmandate erobert, gilt nach der forsa-Wahltagsbefragung (Tab. 16): 23 Prozent der SPD-Zweitstimmenwähler und 22 Prozent der Bündnisgrünen-Zweitstimmenwähler stimmen für die Direktkandidaten der PDS. Die PDS dürfte ihren Erststimmenüberschuß im Ostteil Berlins also in erster Linie den SPD-Wählern verdanken. Die Feinanalyse ergibt, daß Splitting nicht von treuen SPD-Anhängern, sondern von Wechselwählern (Parteiwechslern und Einwechslern) betrieben wurde. Diejenigen SPD-Zweitstimmenwähler, die für den Kandidaten der PDS stimmten, sind also nur mit *einer* Stimme zur PDS übergelaufen. Es handelt sich mithin nicht um linke Sozialdemokraten, die mit dem Kurs ihrer Partei unzufrieden sind. Überhaupt dürfte in diesem Fall das Motiv für Stimmensplitting nicht ideologischer, sondern demokratietheoretischer Natur gewesen sein: Vermutlich wollten die Wähler mit dazu beitragen, daß die PDS als Repräsentantin einer beachtlichen Minderheit in Ostdeutschland im Bundestag vertreten ist.

Hier Tabelle 16 einkleben (Stimmensplitting)
(Befindet sich am Ende der Datei: Querformat)

Die Abwägung beider Thesen steht empirisch vorerst noch auf dünnem Eis. Weitere Forschungen sind notwendig. Wir wollen dazu folgende Vermutung beitragen: SPD und PDS verfügen bei den Wählern in Ostdeutschland über verschiedene Images. Beide Parteien stehen für unterschiedliche längerfristige politische Zielsetzungen und ziehen mithin andere Wählergruppen an.

Tabelle 17: Politische Einstellungen von Befragten, die bei der nächsten Bundestagswahl von einer anderen Partei oder aus dem Nichtwählerbereich zur SPD oder zur PDS wechseln wollen - Nur Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)		
	SPD-Wechsler	PDS-Wechsler
Einstellung zur Demokratie		
Zufrieden	20,7	2,6
Politikverdrossen	37,8	34,2
Systemverdrossen	37,8	60,5
Einstellung zur Gesellschaftsordnung		
Eher Gerecht	17,8	5,6
Teils-teils	26,4	19,4
Eher ungerecht	55,8	75,0
Einstellung zur Wiedervereinigung		
Gewinner	38,3	18,4
Weder noch	48,1	52,6
Verlierer	13,6	28,9

Datenquelle: forsa (N=1312).

Tabelle 17 bietet dafür einige Belege:

Die SPD ist offenbar besonders für Personen attraktiv, die mit der Demokratie eher zufrieden sind, die die bundesdeutsche Gesellschaftsordnung für eher gerecht und die sich oft für die Gewinner der deutschen Einheit halten. Bei den Wechslern zur PDS herrscht dagegen große Systemverdrossenheit, die Gesellschaftsordnung gilt hier als eher ungerecht, und man sieht sich eher als Verlierer der Einheit. Während

die SPD primär Personen anzuziehen scheint, die die Lage im Osten tendenziell optimistisch sehen, also vergleichsweise zufrieden mit der Demokratie und deutlich weniger systemverdrossen als die PDS-Zuwanderer sind, gewinnt die PDS stärker Systemverdrossene und Einheitsverlierer.

Hinsichtlich der Systemverdrossenen in Ostdeutschland befindet sich die PDS wohl eher im Wettbewerb mit den rechtsextremen Parteien als mit der SPD. Während die Rechtsextremen eher die systemverdrossene Unterschicht (niedrige Bildung, geringes Einkommen) ansprechen, tendiert die systemverdrossene Oberschicht (hohe Bildung, gutes Einkommen) zumeist zur PDS. Die systemverdrossene Mittelschicht ist bezüglich ihrer Parteipräferenz nicht eindeutig zuzuordnen.

SPD- und PDS-Anhänger dürften sich vor allem darin unterscheiden, daß erstere der Demokratie und der Marktwirtschaft eine realistische Chance zur Lösung der dringenden Probleme einräumen, während die PDS-Klientel das westliche Modell für ungeeignet hält, ihre Bedürfnisse und Interessen zu befriedigen.

Von der SPD zur PDS dürften mithin vor allem Personen wechseln, die über die eingangs skizzierte, den westlichen Werten skeptisch begegnende "PDS-Mentalität" verfügen und den Satellitenbereich des PDS-Elektorats verstärken. Unstrittig ist, daß dieser angewachsen ist. Dabei ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß auch Wechsler von der CDU zur PDS der politischen Klasse der ehemaligen DDR angehörten.

Abschließend noch ein eher politisches Gegenargument: Ob die mit der "Vakuum-These" verknüpfte Hoffnung realistisch ist, daß die PDS infolge des pragmatischen Mittelkurses von Rot-Grün Wähler aus diesem Lager gewinnen und sich damit zu einer gesamtdeutschen linkssozialistischen Kraft entwickeln wird, muß auch deshalb bezweifelt werden, weil sie unterstellt, daß die PDS, dort wo sie Ämter oder Mandate ausübt, keine pragmatische Politik betreibt, sondern einem theoretisch fundierten Konzept zur grundlegenden Veränderung der Gesellschaft folgt. Dies trifft auf die bisherige Praxis der PDS auf Gemeinde- und Kreisebene nicht zu. Und

die allernächste Zukunft in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wird zeigen, **daß die PDS auch in Regierungsverantwortung auf Landesebene staatstreu und pragmatisch agiert.**

Fazit: Die "Vakuum-These" ist nicht pauschal von der Hand zu weisen. Ihre Bedeutung sollte allerdings auch nicht überschätzt werden. Die "Milieu-These" ist keineswegs hinfällig. Im Gegenteil: Viele Indizien sprechen dafür, daß ihre Erklärungskraft für das Wahlverhalten der PDS wesentlich größer ist als die der "Vakuum-These".

Daß die Zugewinne der PDS Ergebnis ihrer Strategie zur Neubestimmung ihrer Rolle im Parteienwettbewerb sind, kann füglich bezweifelt werden. Die Postkommunisten verdanken ihre Neuzugänge primär der gewachsenen Unzufriedenheit in Ostdeutschland bzw. (was auf dasselbe hinausläuft) dem Absturz der CDU.

9) Das Ergebnis der rechtsextremen Parteien

Bundestagswahl

Daß es keiner rechtsextremen Partei gelingen würde, in den Bundestag einzuziehen, war aufgrund der Ergebnisse von Meinungsumfragen absehbar. Vielfach wurde jedoch nicht ausgeschlossen (auch von uns nicht), daß DVU, NPD und REP zusammen mehr als 5 Prozent der Zweitstimmen erreichen könnten. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Tabelle 18: Zweitstimmenergebnisse der extremen Rechten und Veränderungen gegenüber 1994 bei der Bundestagswahl 1998 nach Ländern (% bzw. Prozentpunkte)		
	1998	1998-94
Niedersachsen	1,7	+0,5
Schleswig-Holstein	1,8	+0,7
Nordrhein-Westfalen	2,1	+0,8
Saarland	2,4	+0,8
Bremen	2,6	+0,9
Hamburg	2,8	+1,1
Rheinland-Pfalz	3,1	+1,3
Bayern	3,3	+0,5
Hessen	3,6	+1,2
Sachsen-Anhalt	4,1	+3,1
Mecklenburg-Vorpommern	4,3	+3,1
Thüringen	4,5	+3,1
Baden-Württemberg	4,8	+1,7
Berlin	4,9	+3,0
Brandenburg	5,1	+4,0
Sachsen	5,7	+4,3
Bundesgebiet	3,3	+1,5

Alle drei Parteien erzielten gemeinsam 3,3 Prozent der Zweitstimmen, was eine Zunahme gegenüber 1994 (damals hatten nur die Republikaner kandidiert) von anderthalb Prozentpunkten bedeutet. In Sachsen (5,7%) und Brandenburg (5,2%) wird die Fünf-Prozent-Marke allerdings übertroffen, in Berlin beinahe erreicht.

Während der Rechtsextremismus bei den Bundestagswahlen von 1990 und 1994 im Westen erfolgreicher war als im Osten, hat sich das Kräfteverhältnis jetzt umgekehrt: Im Westen werden 2,8 Prozent der Zweitstimmen mobilisiert, im Osten dagegen 5,0 Prozent (Tab. 5).

Die bisherigen Analysen erbrachten bezüglich des Rechtsextremismus folgende Ergebnisse:

- **Extrem rechte Parteien sowie rechtsgerichtete Splitterparteien haben von den Wählerverlusten vor allem der Unionsparteien profitiert**, in Ostdeutschland sogar in erheblichem Umfang. Von den 26 Prozentpunkten, die die Bonner Regierungsparteien (und die Bündnisgrünen) zwischen 1990 und 1998 eingebüßt haben, fielen unter dem Strich insgesamt 5 Prozentpunkte auf recht(sextrem)e Kleinparteien, und dies vor allem zwischen 1994 und 1998. Dabei sind regionale Schwerpunkte zu beachten: In Sachsen verliert die CDU beispielsweise gegenüber 1994 mehr als 15 Prozentpunkte, die extreme Rechte gewinnt 4,3 Prozentpunkte und die Pro-DM-Partei weitere 2,7.
- Bei den Wahlen 1998 besteht ein **enger Zusammenhang zwischen den Verlusten der Unionsparteien und den Gewinnen von SPD, PDS und DVU/NPD/REP**. Es sind diese drei Gruppierungen, die von dem politischen Versagen der Bonner Regierungsparteien profitieren (Tab. 6). Ergänzend sei hier mitgeteilt, daß die Zweitstimmendifferenzen 1998/94 der Rechtsextremen in den ostdeutschen Wahlkreisen mit den entsprechenden Werten der CDU(-.26) und der SPD (-.16) korrelieren. Sie gewinnen mithin eher dort, wo CDU und SPD verlieren (und umgekehrt). Dies gilt auch für Westdeutschland (-.22 bzw. -.17), wo allerdings zudem eine positive Beziehung mit der PDS (.30) besteht. Und schließlich variiert die Veränderung der Zweitstimmenanteile 1998/94 der Rechtsextremen systematisch mit der Veränderung der Wahlbeteiligung. Im Westen: .15, im Osten: .24. Sie profitieren also von steigender Wahlbeteiligung (Korrelationskoeffizienten: Kendall's Tau-c).

- **Die extreme Rechte verfügt in den neuen Ländern** - wegen der geringen Wahlerfahrung - **über weniger treue Anhänger als im Westen**. Nur 21 Prozent der REP-Wähler im Osten sind Wiederwähler, in Westdeutschland beträgt der entsprechende Anteil immerhin 34 Prozent. Der Jungwähleranteil der REP ist im Vergleich zu den anderen Parteien hoch: Im Westen 13 Prozent, im Osten sogar 14 Prozent. Die Republikaner gewinnen ihre Wähler keineswegs überwiegend aus dem Nichtwählerbereich. Nur 21 Prozent sind Einwechsler, dagegen zwischen 32 (West) und 42 (Ost) Prozent Parteiwechsler (Tab. 7).
- Die Attraktivität der extremen Rechten für Jungwähler setzt sich bei den folgenden Altersgruppen, wenn auch abgeschwächt, fort. In Ostdeutschland wählen immerhin noch über 9 Prozent der 25-34jährigen DVU, NPD oder REP (Tab. 10).

Tabelle 19: Rück Erinnerung an das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994 von DVU/NPD/REP-Wählern bei der Bundestagswahl 1998 in West- und Ostdeutschland sowie in den neuen Ländern (%)								
	West	Ost	MV	Bdbg	Bln-O	SA	Sa	Thü
CDU	17	21	32	-	18	15	29	-
SPD	10	7	-	-	-	17	5	-
B90/G	2	-	-	-	-	-	-	-
PDS	-	4	-	-	-	10	-	-
REP	32	15	-	-	27	35	14	25
Nicht wb	13	21	36	16	9	12	26	25
NW(WN)	24	24	18	26	46	12	24	32

Wahltagsbefragung (forsa), Urnenwähler, N=19.113.

- Geringe Fallzahlen.
- CDU In Westdeutschland: CDU/CSU.
- Nicht wb 1994 nicht wahlberechtigt.
- NW(WN) Nichtwähler oder keine Erinnerung.

Die Ergebnisse der vorstehenden Analysen werden durch die Rückerinnerungsfrage (Tab. 19) gestützt²²:

Die drei extrem rechten Parteien können sich im Westen nur auf 32 Prozent treue Anhänger (die 1994 REP gewählt haben) stützen, im Osten sind es sogar nur 15 Prozent. Hüben wie drüben kommen rund ein Viertel der Anhänger aus dem Nichtwählerbereich. In Westdeutschland waren 13 Prozent bei der Vorwahl noch nicht wahlberechtigt (heute also Jungwähler), in Ostdeutschland sind es 21 Prozent. Die oben in Tabelle 7 für Ostdeutschland ausgewiesenen 14 Prozent Jungwähler beziehen sich nur auf die Republikaner, die augenscheinlich weniger junge Leute ansprechen als DVU und NPD.

Blutspendedienste aus dem Bereich der übrigen Parteien leistet in West und Ost in erster Linie die Union, in weitaus geringerem Umfang auch die SPD.

Mecklenburg-Vorpommern

Die weitere Aufschlüsselung der Befragungsergebnisse für Ostdeutschland nach Ländern dient vor allem der Analyse von Mecklenburg-Vorpommern, wo gleichzeitig mit der Bundestagswahl Landtagswahlen stattfanden und mit dem Einzug von einer oder gar von zwei rechtsextremen Parteien in den Landtag gerechnet wurde. Dies deuteten jedenfalls die Umfragen an. Zwar erschien ein Ergebnis wie in Sachsen-Anhalt (13% für die DVU) unwahrscheinlich, aber bis zu 10 Prozent wurde der extremen Rechten durchaus zugetraut. Wie aus Tabelle 18 zu entnehmen ist, hat sie es bei der Bundestagswahl aber nur auf 4,3 Prozent (bei der Landtagswahl auf 4,5%) gebracht. Warum?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage bietet ein Vergleich der Wählerschaft der DVU in Sachsen-Anhalt (Tab. 20) und der Rechtsextremen bei der Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Zunächst fällt auf, daß sich letztere fast ausschließ-

22 Bei dieser Tabelle ist folgendes zu beachten: Die Ergebnisse von DVU, NPD und REP wurden zusammengefaßt. Da sich 1994 aber nur die REP an der Bundestagswahl beteiligt haben, liegen die Prozentangaben für Wiederwähler (i.e. Zeile "REX") höher als in Tab. 7, wo ausschließlich die REP berücksichtigt sind.

lich aus Jungwählern, ehemaligen Nichtwählern und CDU-Dissidenten rekrutieren. Die SPD beispielsweise, die im Durchschnitt-Ost mit 7 Prozent am Rechtsextremismus beteiligt ist, hat offenbar keine Hilfestellung geleistet. Ebenso wenig die PDS. In Sachsen-Anhalt stützte sich die DVU zu über die Hälfte auf ehemalige Nichtwähler, in Mecklenburg-Vorpommern galt dies nur zu knapp einem Fünftel. Dort haben die Rechten allerdings mehr Jungwähler mobilisiert (fast ein Drittel ihrer Gefolgschaft) als in Sachsen-Anhalt.

Tabelle 20: Die Herkunft der DVU-Wähler bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 (%)	
Herkunft	Ungefäher Anteil an der DVU-Wählerschaft
Bisherige Nichtwähler	53
Jungwähler	7
Ehemalige CDU-Wähler	13
Ehemalige SPD-Wähler	6
Ehemalige PDS-Wähler	6
Ehemalige Wähler sonstiger Parteien	13
Zugezogene	2

Quelle: KAS.

Wir vermuten daher, daß die Wählerschaft im Nordoststaat infolge der zur Entscheidung anstehenden Machfrage im Bund und im Land hoch mobilisiert und ihr Wahlverhalten darauf orientiert war. Die erhöhte Wahlbeteiligung entsprang offenbar nicht dem Protestdrang, den Etablierten angesichts der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den sozioökonomischen und politischen Verhältnissen die "braune Karte" zu zeigen (wie in Sachsen-Anhalt), sie beruhte wohl eher darauf, daß die anstehenden Entscheidungen zumeist als besonders wichtig für das eigene Schicksal und die Zukunft des Landes angesehen wurden. **Politische Polarisierung in einer entscheidungsträchtigen Situation benachteiligt stets kleine Parteien,** zumal dann, wenn ihnen keine Kompetenz für die Lösung der anstehenden Probleme zugewiesen wird. Daher reduzierte sich die Wählerbasis der Rechtsextremen im wesentli-

chen auf frustrierte ehemalige CDU-Anhänger und auf - vermutlich absolut perspektivlose - junge Leute (zumeist Männer), die besonders anfällig für rechtsextreme Parolen sind. Tabelle 6 belegt den extrem engen räumlichen Zusammenhang von CDU-Verlusten und Rechtsextremismus-Gewinnen (-.72), der primär in den dünn besiedelten Regionen Vorpommerns zu finden sein dürfte.

Bedeutsam dürfte ein weiterer Unterschied zwischen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gewesen sein: Die DVU wurde nach der April-Wahl vielfach als "Phantom-Partei" bezeichnet, weil sie vor Ort organisatorisch und personell kaum existent und im Wahlkampf nur durch Direct Mailing und Plakate präsent war. Medien und Politiker scheuten die Thematisierung des Rechtsextremismus, aus Angst, ihn hochzuspielen.

Anders in Mecklenburg-Vorpommern. Hier wurde eine massive Aufklärungskampagne geführt, die von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum (Massenmedien, insbes. NDR, Landes- und v.a. Kommunalpolitiker, örtliche Initiativen, Träger von schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit, Geschäftsleute etc.) getragen wurde und durchaus zivilgesellschaftliche Merkmale aufwies. Sie zielte kaum auf moralische Verurteilung, sondern in erster Linie auf rationale Auseinandersetzung mit den Initiatoren, dem tatsächlichen Charakter und den eigentlichen Zielen der rechtsextremen Parteien. **Die Bevölkerung dürfte folglich gut über die Rechtsaußenparteien, über die Qualifikation ihrer Kandidaten und über die Absichten ihrer Hintermänner informiert gewesen sein und ist ihren populären Parolen daher kaum auf den Leim gegangen, zumal die Hemmschwelle für gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten infolge der Aufklärungskampagne deutlich angewachsen ist.**

Schließlich sollte auch der **Einfluß der Bayernwahl** nicht unterschätzt werden, wo die Republikaner und NPD trotz günstiger Prognosen mit 3,8 Prozent scheiterten. Personen, die hinsichtlich ihrer Wahlabsicht noch unentschlossen sind, neigen dazu, sich an ihren Mitmenschen, an der allgemeinen politischen Stimmung also, zu orientieren. Und die war nach der Bayernwahl nicht gerade günstig für den Rechtsextremismus.

Perspektiven des Rechtsextremismus

Nach der Bundestagswahl war vielfach zu hören, daß die Gefahr des Rechtsextremismus offenbar stark übertrieben worden, der Spuk nun jedenfalls vorbei sei. Dieser Auffassung können wir uns nicht anschließen.

- Nach wie vor besteht in der Bundesrepublik ein **großes rechtsextremes Einstellungspotential**, das im Westen etwa 12 Prozent, im Osten etwa 17 Prozent beträgt.
- Die **Wahlbereitschaft** ist wesentlich höher als das tatsächliche Wahlverhalten zugunsten rechtsextremer Parteien. Sie beträgt in West und Ost knapp 10 Prozent. Überdies sollte nicht übersehen werden, daß die Rechtsextremen bei der Bundestagswahl zugelegt und in Ostdeutschland insgesamt 5 Prozent erreicht haben. Und: Von Bundestagswahlergebnissen darf nicht auf Landtagswahlergebnisse geschlossen werden.
- Auf die weit verbreitete **Systemverdrossenheit** vor allem in Ostdeutschland (43%) wurde bereits verwiesen (Tab. 3).

Nach wie vor sind die Ausgangsbedingungen für rechtsextreme Wahlerfolge sehr gut. Bei der Bundestagswahl war die Frage des Machtwechsels absolut dominant. Vermutlich haben viele potentielle Rechtsaußenwähler ihrer Verdrossenheit durch die Abwahl der Kohl-Regierung Ausdruck verliehen und/oder wollten Rot-Grün eine Chance geben. Die Erwartungshaltung gegenüber der neuen Bundesregierung ist folglich (nicht nur in diesem gesellschaftlichen Segment) sehr hoch. Sollten die Erwartungen enttäuscht werden, erhalten rechtsextreme Parteien Aufwind.

Dies würde sich unmittelbar auf die Wahlchancen der SPD auswirken: Ökonomisch-soziale Unzufriedenheit und Systemverdrossenheit begünstigen die Neigung zum Rechtsextremismus. Diese Neigung ist bei der systemverdrossenen Unter- (teilweise auch Mittel-) Schicht, also bei Personen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen, bei Arbeitslosen, Arbeitern und einfachen Angestellten, besonders stark

ausgeprägt. Dieses Potential, das etwa 27 Prozent der Wahlberechtigten ausmacht und auch als "Modernisierungsverlierer" bezeichnet wird, gehört unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten im Prinzip zur Wählerbasis der SPD. **Bei der Bundestagswahl ist es der SPD offenbar gelungen, dieses Potential weithin für sich zu gewinnen. Es bildet aber auch die hauptsächliche Quelle für rechtsextreme Wahlerfolge** (der Republikaner in den Großstädten oder auch der DVU in Sachsen-Anhalt). **Die SPD konkurriert in diesem Bereich also mit den rechtsextremen Parteien und muß daher alles daran setzen, um Radikalisierungstendenzen zu verhindern.**

10) Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Schlußfolgerungen

Die SPD hat bei der Bundestagswahl 1998 einen historischen Wahlsieg errungen. Damit ist weniger die Höhe des Zweitstimmenanteils gemeint (40,9%, 1972 waren es immerhin 45,8%), eher schon der in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Vorsprung der SPD gegenüber der Union (5,7 Prozentpunkte), hauptsächlich aber der Sieg als solcher. Denn er mußte unter extrem schwierigen gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen erkämpft werden.

In der Bundesrepublik sind die Machtchancen prinzipiell ungleich - und zwar zugunsten der CDU/CSU - verteilt. Die Union verfügt über eine breitere soziale Basis als die SPD, deren Traditionswählerschaft, die Arbeiter, sich auch noch infolge des sozialen Wandels verringert. Um die CDU/CSU zu überflügeln, muß die SPD nicht nur ihre Stammwählerschaft voll mobilisieren, sie ist darüber hinaus in erheblichem Umfang auf die Eroberung von Wechselwählern angewiesen, die entweder aus dem Nichtwählerbereich geschöpft werden können oder von anderen Parteien, in hinreichender Größenordnung hauptsächlich von der CDU/CSU (so gesehen: aus der Mitte), abgeworben werden müssen. Dies setzt in programmatischer, politisch-praktischer und wahlkampfstrategischer Hinsicht enorme Integrations- und Kommunikationsleistungen voraus, was einen Wettbewerbsnachteil gegenüber der Union (aber auch gegenüber den anderen Bundestagsparteien) bedeutet.

Nachteilig wirkt sich für die SPD auch aus, daß sie im linken Spektrum des Parteiensystems teilweise mit zwei Parteien um dieselbe Wählerschaft konkurriert. Gerät die SPD politisch oder programmatisch allzu stark in die Nähe der CDU/CSU (beispielsweise, um potentiellen Wechselwählern den Übergang zur SPD zu erleichtern), muß sie Abwanderungen zu den Bündnisgrünen und zur PDS befürchten.

Zu den ungünstigen Rahmenbedingungen zählt auch, daß die SPD bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 in Ostdeutschland enorme Startschwierig-

keiten hatte und ein desaströses Resultat (24%) hinnehmen mußte. Mit der Einheit Deutschlands hat sich also die strukturelle Benachteiligung der SPD zunächst noch verschärft.

Der Wahlsieg der SPD war möglich geworden, weil sie ihre Anhänger in vollem Umfang mobilisieren und sehr viele Parteiwechsler (davon 60% von der CDU/CSU) und Einwechsler (ehemalige Nichtwähler) hinzugewinnen konnte. Sie verbessert ihre Ergebnisse bei allen Berufsgruppen und erobert sogar die (relative) Mehrheit der Angestellten, eine besonders große und in ihrem Wahlverhalten kritische und mobile Gruppe. Und sie baut ihre Vorherrschaft unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten aus.

Die SPD gewinnt zumeist dort, wo die CDU/CSU verliert. Deren Verluste erklären sich aber nicht nur durch Abwanderung zu anderen Parteien, insbesondere zur SPD, sondern auch durch erhebliche Mobilisierungsschwächen bei ihren treuen Anhängern, die sich oft nicht an der Wahl beteiligt haben ("kritische Stammwähler").

In Ostdeutschland schneidet die CDU besonders schlecht ab. Dort konnte sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl ein bravouröses Resultat einfahren, vor allem auch bei Arbeitern und einfachen Angestellten, bei Schichten also, die normalerweise (im Westen) eher zur SPD neigen, sich 1990 aber für die D-Mark und damit - vermeintlich - für Wohlstand und soziale Sicherheit entschieden hatten.

Dieses Manko kann die SPD 1994 etwas, 1998 dann weithin ausgleichen. Dennoch hat sie in Ostdeutschland einen Aufholbedarf bei den Arbeitnehmern, worin freilich auch eine Chance für weitere Expansion liegt.

Bemerkenswert ist überdies, daß der Wahlsieg der SPD nicht zu Lasten der beiden anderen Parteien im linken Spektrum des Parteiensystems geht. Die Bündnisgrünen büßen zwar gegenüber 1994 etwa einen halben Prozentpunkt ein, die PDS gewinnt sogar hinzu und zieht mit einer Fraktion in den Bundestag ein, ohne daß Rot-Grün allerdings bei der Bildung von soliden Mehrheiten auf sie angewiesen ist.

Die SPD verdankt ihren Wahlsieg jedoch nicht nur dem politischen Versagen der CDU/CSU (auch bei der Gestaltung des Bundestagswahlkampfes) und der breiten Stimmung im Lande für einen Wechsel. Sie war auch - anders als 1994 - organisatorisch, programmatisch und wahlstrategisch bestens konditioniert.

Die Partei stand geschlossen und motiviert hinter ihrem Vorsitzenden Okar Lafontaine und dem Spitzenkandidaten Gerhard Schröder und hatte sich rechtzeitig eine moderne und effektive Wahlkampforganisation unter der Leitung von Franz Müntefering geschaffen. Mit der zentralen Losung "Innovation und Gerechtigkeit" sprach sie sowohl ihre Stammklientel und die Arbeitnehmerschaft in Ostdeutschland als auch potentielle Wechsler aus der Mitte an, und mit Gerhard Schröder verfügte sie über einen Spitzenkandidaten, der bei den SPD-Anhängern und bei mit ihrer Partei unzufriedenen ehemaligen Unionsanhängern sehr populär war und hohe Kompetenzzuweisungen erhielt.

Wenn wir von einem historischen Wahlsieg sprechen, dann meinen wir damit auch, daß dieser Sieg - so, wie er zustande gekommen ist - Ausnahmecharakter hat. Damit soll nicht gesagt werden, daß Rot-Grün zum Scheitern verurteilt ist, sondern, daß damit Risiken verbunden sind, die im freudigen Eifer des siegreichen Gefechts nicht übersehen und schon gar nicht heruntergespielt werden sollten. Sie müssen vielmehr bei den politischen Planungen für die Zukunft in Rechnung gestellt werden.

Regieren wird für Rot-Grün nicht einfach sein. Damit sind nicht nur die unter hohem Erwartungsdruck zu erbringenden Steuerungsleistungen (vor allem bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums) gemeint, sondern auch die damit zusammenhängenden Legitimationserfordernisse gegenüber der Bevölkerung.

Der Erwartungsdruck auf die neue Bundesregierung ist hoch. Die treue Anhängerschaft der SPD wird ihre Partei ebenso kritisch beobachten wie die 3 Millionen neuen Wähler, die zumeist keine Fans von Rot-Grün sein dürften, sondern sich für einen Machtwechsel ausgesprochen haben, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer

Lage versprechen. Und daran wird die Koalition gemessen werden. Der Wahlsieg der SPD beruht weithin auf einem Vertrauensvorschuß von Personen, die von der Richtigkeit ihrer Wahlentscheidung erst noch überzeugt werden müssen, bevor sie sich ein zweites Mal für Rot-Grün entscheiden. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn die Sozialdemokratie auf dem Weg zu ihrem Doppelziel ein gutes Stück vorankommt: die Wirtschaft zu modernisieren und sie durch die Förderung von Innovationen fit für den Weltmarkt zu machen und dabei das zweite Ziel, die soziale Gerechtigkeit, nicht zu vernachlässigen.

Aus wahlsoziologischer Sicht ist die Mehrheit für Rot-Grün vorerst noch wackelig. Bei den Landtagswahlen des kommenden Jahres werden sich die SPD und die Bündnisgrünen ernsthafter Konkurrenz erwehren müssen, nicht nur von den Unionsparteien. Obwohl eine Angleichung im Wahlverhalten der sozialen Gruppen in West und Ost stattgefunden hat, wovon die SPD in Ostdeutschland in erheblichem Umfang profitiert, ist die Differenz ihrer Zweitstimmenanteile zwischen 1994 und 1998 leicht von 6,0 auf 7,2 Prozentpunkte gewachsen. Daß sich die Schere zwischen den neuen und den alten Bundesländern nicht schließt, liegt vor allem daran, daß die Ost-SPD im Arbeitnehmerbereich starker Konkurrenz seitens der PDS und der Rechtsextremen ausgesetzt ist.

Die PDS konnte ihre Anhängerschaft bei der Bundestagswahl 1998 gegenüber 1994 um knapp 450.000 auf 2,5 Millionen Wähler (also um 23%) vergrößern. Sie meisterte die Sperrklausel knapp mit 5,1 Prozent und eroberte auch ihre 4 ostberliner Wahlkreise wieder. Insgesamt eine stolze Bilanz, die so nicht immer erwartet worden war.

Daß zwei Drittel ihres Zuwachses nach Wählerwanderungsanalysen aus ehemaligen SPD-Anhängern besteht, gab Anlaß zu folgender Vermutung: Linke Sozialdemokraten und Bündnisgrüne seien aus Verärgerung über den Mittelkurs und den Pragmatismus ihrer Parteien zur PDS übergelaufen, die nun zunehmend Akzeptanz als linke Kraft im Parteiensystem fände.

Auch die Wahlstrategen der Postkommunisten gingen bei ihren Planungen für 1998 davon aus, daß die starke Bindung der PDS an ein Milieu - die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Trägerschichten der ehemaligen DDR - die Existenz der Partei längerfristig gefährdet. Als ostdeutsche Regionalpartei lebe sie letztlich vom Ost-West-Gegensatz, und habe kaum eine Chance, über ihr rund 2 Millionen umfassendes Wählerpotential hinaus zu wachsen und im Westen Fuß zu fassen.

Auf der Suche nach einer zusätzlichen Existenzgrundlage setzte man verstärkt auf den Links-Rechts-Konflikt: Die Partei sollte nicht nur Repräsentantin ihres Milieus, sondern auch Sprachrohr der sozialistischen deutschen Linken sein. Die PDS vermied es indessen, sich deutlich von Rot-Grün abzugrenzen (wohl um aussichtsreiche Kooperationen in Ostdeutschland nicht zu gefährden). Sie wollte eher Druck auf SPD und Bündnisgrüne ausüben, damit der Politikwechsel auch tatsächlich stattfindet.

Ihr Wahlergebnis wertete die PDS als Erfolg ihrer Doppelstrategie und als neue Funktionszuweisung durch die Wähler, im Bundestag nicht nur "Ostinteressen" zu vertreten, sondern auch als Kontrollinstanz darüber zu wachen, daß Rot-Grün eine linke Reformpolitik betreibt.

Die Wahlanalyse zeigt, daß die PDS tatsächlich in Teilbereichen über ihre Milieuverhaftung hinaus gelangt ist und sich neue Wählerschichten erschließen konnte, hauptsächlich allerdings in Ostdeutschland. Teilweise stagniert sie aber auch (Mecklenburg-Vorpommern) oder büßt sogar Wähleranteile ein (Berlin). Der Anteil von SPD-Dissidenten an ihrer Anhängerschaft hat sich tatsächlich erhöht: von 10,8 Prozent 1994 auf 12,7 Prozent 1998. (Übrigens ist auch der Wechselanteil von der CDU etwas gestiegen). Aber nach wie vor erzielt die PDS ihre besten Resultate in Ost-Berlin und in den Bezirkshauptstädten der ehemaligen DDR, in ihrem Milieu also.

Sie mobilisiert zumeist Wechselwähler von anderen Parteien (v.a. von der SPD) und ehemalige Nichtwähler, die der Mittel-, vor allem aber der Oberschicht angehören.

ren, die besonders systemverdrossen sind, die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik für ungerecht halten und sich als Verlierer der Einheit betrachten. Hinsichtlich ihrer Mentalität unterscheiden sich die Neuzugänge also nicht gravierend vom PDS-Milieu (weshalb auch die Erfolge im Westen ausblieben).

Die Doppelstrategie der Partei konnte mithin nur zur Hälfte effektuiert werden. Ihre Zugewinne verdankt sie der stark angewachsenen Unzufriedenheit in Ostdeutschland mit den Ergebnissen der inneren Einheit; sie gehen folglich auf das Konto der ostdeutschen Milieupartei.

Gleichwohl sollte die PDS als Konkurrentin der SPD in Ostdeutschland nicht unterschätzt werden.

Sie kann der SPD dort gefährlich werden, wo sie sich nicht hinreichend von der CDU abgrenzt, wo sie als Koalitionspartner oder als Opposition über kein eigenständiges Profil verfügt und die PDS als effizientere Opposition gilt (v.a. in Sachsen und Thüringen). Sollte die rot-grüne Bundesregierung die Erwartungen in Ostdeutschland bezüglich einer Trendwende in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik enttäuschen, wird die SPD allerdings überall in große Bedrängnis geraten.

Das Wahlergebnis der Sozialdemokraten signalisiert aber auch weitere Expansionschancen in Ostdeutschland. Im Einzugsbereich des PDS-Milieus wird ihr zwar kein Stich vergönnt sein, aber sie könnte ihre Vormachtstellung unter den (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitnehmern, insbesondere bei den Angestellten, weiter ausbauen. Auch im (der PDS nur schwer zugänglichen) Unterschichtbereich findet noch viel Fluktuation statt, auch mit der Gefahr des Abdriftens zum Rechtsextremismus.

Die rechtsextremen Parteien scheitern erwartungsgemäß an der Fünf-Prozent-Hürde. In Ostdeutschland allerdings, wo sie mittlerweile erfolgreicher sind als in Westdeutschland, kommen sie immerhin auf durchschnittlich 5 Prozent. Die Ausgangsbedingungen für die extreme Rechte waren allerdings gut, besonders im Osten: 13

Prozent der Bevölkerung (West: 12%, Ost 17%) weisen rechtsextreme Einstellungen auf, und die Zufriedenheit mit der Demokratie hält sich in engen Grenzen. Ein Drittel der Bevölkerung ist politikverdrossen, ein weiteres Drittel sogar systemverdrossen (West: 27%, Ost: 43%).

Der Rechtsextremismus profitiert vor allem im Osten vom Niedergang der Union. Er erzielt dort seine größten Zugewinne, wo auch SPD und PDS überdurchschnittlich zulegen. Aber er spricht spezifische Zielgruppen - vor allem junge Männer mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen - an, die unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten eher dem Einzugsbereich der SPD, mit Blick auf ihre politischen Einstellungen eher dem PDS-Lager zuzurechnen sind. Die systemverdrossenen Einheitsverlierer im Osten der Republik präferieren zumeist extreme Randparteien: Wenn sie (gemessen an Bildung und Einkommen) der Unterschicht angehören, tendieren sie zur DVU, NPD oder zu den Republikanern, wenn sie der Mittel-, vor allem aber der Oberschicht angehören, bevorzugen sie die PDS. Die SPD findet bei den Einheits- und Modernisierungsverlierern normalerweise geringen Zuspruch. Bei der Bundestagswahl war sie in diesem Segment jedoch erfolgreicher, als es die Umfragen vermuten ließen. (Daher erzielten die Rechtsextremen wohl auch nicht die vielfach erwarteten Erfolge.) Die Wahl wurde eben weithin als Plebiszit über einen Machtwechsel gewertet, und den wünschten sich gerade auch die Systemverdrossenen.

Damit dürfte wenigstens zum Teil erklärt sein, warum die rechtsextremen Parteien wider Erwarten auch nicht in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingezogen sind. Im Nordoststaat war schließlich nicht nur über einen Machtwechsel auf Bundesebene, sondern auch über einen auf Landesebene zu entscheiden. Daß die extreme Rechte hier kaum Erfolge erzielen konnte, hatte noch einen anderen Grund: Während bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt der Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit kaum thematisiert worden war, um ihn nicht hochzuspielen, wurde in Mecklenburg-Vorpommern eine massive Aufklärungskampagne geführt, die von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum, vor allem auch von den Massenmedien, getragen war. Die Bevölkerung war folglich gut über die rechtsextre-

men Parteien, über ihre Hintermänner und über ihre Absichten, informiert und ging daher den populären Parolen nur ausnahmsweise auf den Leim.

Wir sind also bei der Bundestagswahl hinsichtlich des Rechtsextremismus mit einem blauen Auge davon gekommen. Aber nach wie vor besteht in der Bundesrepublik ein großes rechtsextremes Einstellungspotential, nach wie vor haben wir es mit weit verbreiteter Systemverdrossenheit zu tun, und nach wie vor ist die Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien größer als das tatsächliche Wahlverhalten. Gerade bei den potentiellen Rechtsaußen-Wählern dürfte die Erwartungshaltung gegenüber der rot-grünen Bundesregierung sehr hoch sein. Wenn sie ihrem Vertrauensvorschuß nicht gerecht wird, erhalten die rechtsextremen Parteien wieder Aufwind.

Im Reigen der Risiken für Rot-Grün spielt schließlich die CDU/CSU eine nicht zu vernachlässigende Größe dar. Sie wird durch eine beinharte Opposition die Erosion der vorerst noch wackeligen Wählermehrheit der neuen Bundesregierung betreiben. Da sich viele ihrer treuen Anhänger nicht an der Bundestagswahl beteiligt und da viele ihrer Abwanderer zur SPD vermutlich noch rudimentäre Bindungen an die Union haben, dürfte die CDU/CSU noch über erhebliche Mobilisierungsreserven verfügen, gerade auch im Osten, wo die Mobilität der Wählerschaft immer noch relativ groß ist. Als die Union 1969 auf die Oppositionsbänke verwiesen wurde, betrieb sie, wie Willy Brandt es nannte, "Totalopposition" gegen die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition und absorbierte damit auch die Anhänger der rechtsextremen NPD, die 1969 knapp an der Sperrklausel gescheitert war. Die Union entwickelte sich zu einer breiten bürgerlich-konservativen Sammlungsbewegung, die mit allen Mitteln am Sturz der Regierung Brandt arbeitete. Bekanntlich ohne Erfolg. Brandt hatte dem Druck nicht nachgegeben, sondern zielstrebig in der Öffentlichkeit für seine Ideen geworben. Unter der massiven Pression von außen traten SPD und FDP geschlossen auf und nutzten ihre Einigkeit als wichtige Machtressource.

Die gegenwärtige Situation ist mit 1969/72 nur bedingt vergleichbar. Die Ungleichverteilung der Machtchancen zu Lasten der SPD hat sich durch die deutsche Einheit und die mittlerweile erfolgte Etablierung der SPD als Mehrheitspartei bei den

Arbeitnehmern im Osten abgeschwächt, zumal sich die Union dort nicht auf ein katholisches Milieu stützen kann. Und so lange der CDU/CSU selbst bei ihren Anhängern das Image anhaftet, eine Partei der sozialen Kälte zu sein, wird sie es schwer haben, der SPD ihre Vormachtstellung bei Arbeitern und Angestellten streitig zu machen. Anders als Anfang der siebziger Jahre ist die parteipolitische Zusammensetzung des Bundestages pluralistischer geworden. Das wirkt sich aber nicht notwendigerweise negativ auf die politische Stabilität aus. In Situationen starker politischer Polarisierung dürfte es der PDS bzw. der FDP kaum gelingen, sich gegenüber der SPD bzw. der CDU/CSU zu profilieren. Das würde beiden Parteien den Ruf eintragen, das eigene Lager zu schwächen. In dieser diffizilen Wettbewerbssituation müssen auch die Bündnisgrünen durch einen ausgewogenen Kurs der Koalitionstreue und Identitätswahrung dafür Sorge tragen, daß sie nicht unter die Räder kommen.

Tabelle 10: Das Wahlverhalten (Zweitstimme) der Altersgruppen in Ostdeutschland bei der Bundestagswahl 1998 (%)									
	18-21	22-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65-74	75-	Alle
SPD	29,4	30,5	35,1	34,7	36,4	37,2	33,9	41,4	35,1
CDU	19,0	25,7	20,9	27,7	29,6	34,5	38,2	31,4	28,3
B90/G	9,0	9,6	7,5	4,8	2,8	1,1	1,6	2,9	4,5
PDS	18,7	15,6	20,0	21,3	21,3	20,3	21,1	17,1	20,3
REX	15,2	10,8	9,3	5,4	4,1	2,1	1,1	2,1	5,8

Wahltagsbefragung (forsa), Urnenwähler, N=19.113. Überdurchschnittliche Werte sind fett gesetzt, stark überdurchschnittliche grau unterlegt.
 REX = DVU, NPD, REP.

Tabelle 16: Zweitstimme nach Erststimme bei der Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland und in den neuen Bundesländern (%)

ESt- Partei ↓	Zweitstimmen-Wähler nach Region und Partei															
	Ostdeutschland				Mecklenburg-Vorpommern				Brandenburg				Berlin-Ost			
	SPD	CDU	B90/G	PDS	SPD	CDU	B90/G	PDS	SPD	CDU	B90/G	PDS	SPD	CDU	B90/G	PDS
SPD	83,0	2,7	35,6	17,0	86,0	-	-	11,3	90,2	-	45,0	15,3	71,3	-	51,9	6,8
CDU	3,6	91,4	3,4	3,6	2,6	96,6	-	-	3,8	92,3	-	6,1	-	80,5	-	-
B90/G	1,6	1,1	48,6	0,9	-	-	43,8	-	-	-	55,0	-	-	-	25,9	-
PDS	10,2	2,0	10,7	75,4	9,3	-	-	82,5	4,9	-	-	74,5	23,0	-	22,2	89,0

ESt- Partei	Sachsen-Anhalt				Sachsen				Thüringen							
	SPD	CDU	B90/G	PDS	SPD	CDU	B90/G	PDS	SPD	CDU	B90/G	PDS				
SPD	88,4	3,3	40,7	23,1	76,3	3,1	28,6	17,7	84,1	-	35,5	18,9				
CDU	3,2	90,4	-	4,9	5,6	91,9	-	4,2	3,0	89,2	-	-				
B90/G	-	-	44,4	-	2,4	1,1	57,1	-	2,6	-	54,8	-				
PDS	5,4	-	14,8	69,2	13,6	1,8	8,9	73,8	9,2	3,8	-	74,0				

Wahltagsbefragung (forsa), Urnenwähler, N=19.113.

ESt-Partei Partei, die die Zweitstimmen-Wähler mit ihrer Erststimme gewählt haben.
 - Geringe Fallzahlen.